

Mittwoch, den 3. November 1869.

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.

24½ Sgr.

Abstellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweitundsechzigster Jahrgang.

Annoncen - Annahme - Büros der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Polowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (C. L. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Cassel; in Grätz bei Herrn Louis Streissand und Herrn P. Kempner; in Bromberg S. J. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasestein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Wosse; in Berlin: A. Rehmeyer, Schloßplatz; A. Albrecht, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Gabath; Jenke, Vial & Freytag; in Frankfurt a. M.: G. L. Faude & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amtliches.

Berlin, 2. Novbr. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Landrentmeister a. D. Rechnungs-Rath Biermann zu Arnswalde und dem Ober-Molarzt a. D. Bayer zu Gumbinnen den Kronen-Orden III. Kl.; dem Förster Bihl zu Forsthause Steinsdorf, Kr. Schweinitz, und dem Glöckner Schulz zu Kreuzburg, Kr. Pr. Eylau, das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Engelhöher Kloppeburg zu Wittorf, Amts Witten a. d. Luhe, die Rettungs-Medaille am Bande: ferner dem Appellationsgerichts-Rath Mühlbach in Paderborn bei seiner Versezung in den Ruhestand den Charakter als Geh. Justiz-Rath zu verleben; und den Kreisrichter Behrendorff zu Lauenburg in Pommern zum Kreisgerichts-Rath zu ernennen.

Der bei der R. Eisenbahn-Direktion zu Saarbrücken beschäftigte bisherige Gerichts-Assessor Kuhlmeier ist in Folge seiner definitiven Übernahme in die Staats-Eisenbahn-Verwaltung zum Reg.-Assessor und der Diätar Sahnick ist zum Geh. Registratur bei dem R. Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ernannt worden.

Der Gerichts-Assessor Jungeblodt in Dorsten ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte in Dorsten und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Münster, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Dorsten, ernannt worden.

Ein Stückchen Frauen-Emanzipation.

Wie sich die Zeiten ändern! Ehemals besang man die „Dame seines Herzens“ und schlug sich für sie mit Schwert und Lanze; heut kämpfen die Ritter vom Geist mit Broschüren, Reden und sogar mit Leitartikeln für die Frauen. Leben die schwachenden Sänger, Walther von der Vogelweide, Otto von Straßburg, Petrarca u. A. heut, sie schrieben vielleicht nicht Liebessonette und Madrigale, sondern Abhandlungen und Untersuchungen, wie der witzige Th. G. von Hippel, der elegante Baboulaye, der praktische Holzendorf, der energische Reinhold Schmidt und der unermüdlich kämpfende John Stuart Mill. Vielleicht auch nicht. Denn haben auch jene ritterlichen Minnesänger und minnenden Ritter des romantischen Mittelalters das Weib so hoch als möglich über das Ordinäre empor — auf eine Höhe, wo sie halb Madonna, halb Liebesgöttin thronte, so verwandelte sich doch ihre „liebliche Dienstbarkeit“, in der sie sangen und fochten, als bald in eine recht unromantische Herrschaft, sobald sie mit der Geprisenen in ein real-menschliches Verhältnis traten.

Erst die Modernen vermochten sich zu dem Gedanken zu erheben, daß die Frau kein unvollkommenes und geringeres Wesen als der Mann sei; erst in neuester Zeit wurde das Emanzipationswort gegeben: Gleichstellung der Frauen mit den Männern in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, öffentlich-rechtlicher (d. h. politischer) und privatrechtlicher Beziehung.

Freilich ist diese Forderung — kurz ausgedrückt: Emanzipation der Frauen — nur die Devise der fortgeschrittensten Kämpfer für das weibliche Geschlecht und findet bei den Frauen selbst noch nicht allzu viel Anhang, am wenigsten unter den verheiratheten Frauen Deutschlands — mit so viel Eifer und Aufsicht von Geist auch selbst weibliche Schriftsteller, wie Fanny Lewald, Anna Morgenstern und Marie Stöphäus in Berlin, Minna Pinoff in Breslau, Louise Otto in Dresden u. A. dahin wirken, die Frauen zu Männern zu machen.

Indessen die „Frauenfrage“, die auch den Männern Kopfschrecken macht, ist nun einmal auf die Tagesordnung der öffentlichen Diskussion gestellt worden, und wird nicht sobald weggestrichen werden; denn mag auch wie bei den meisten Agitationen manches Extravagante und Bizarre mit unterlaufen, so ganz ohne alle Berechtigung, wie satyrisch-lächelnde „Herren der Schöpfung“ glauben, sind diese Bestrebungen doch nicht; schon daraus, daß ernsthafte Gelehrte sich bequemen müssen bald in diesem, bald in jenem Punkte die Frauen aus ihrer Ausnahmestellung zu befreien und den Männern gleichzustellen, sollte man die Macht der Wahrheit erkennen, welche der — freilich oft recht schiefe gestellten und lächerlich beantworteten — „Frage“ innenwohnt.

Politisch Rechte besitzen die Frauen allerdings fast gar keine. Das Allg. Landrecht erweist zwar den Ehefrauen die Ehre, sie zu den Parochianen zu zählen und allgemein die Frauen zur Ausübung des Realpatronats zu berechtigen, es gewährt auch den Wittwen und Fräuleins bei der Wahl des Pfarrers ein Stimmrecht, aber nur ein durch Stellvertreter auszufügendes, und andere politische Rechte gestehen ihnen das Gesetz gar nicht zu und wird sie ihnen auch sobald nicht zugestehen. Da in Deutschland sind solche noch nicht einmal von den Frauen gefordert worden, und das freut uns ihret- und unsertwegen.

Anders im Privatrecht.

Das preußische Landrecht spricht zwar in Bezug auf die Rechtsfähigkeit das Prinzip aus, daß beide Geschlechter gleichgestellt seien, so weit nicht durch besondere Gesetze oder rechtsfähige Willenserklärungen Ausnahmen bestimmt werden. Wie konnte das auch anders sein in einer Zeit, da die Frauen in der Gesellschaft und im Staat eine so hervorragende Rolle spielten und gespielt hatten, da sie Könige und Dichter beherrschten, die „auf der Menschheit Höhen“ standen! Aber ganz frei von den überliefernten Anschauungen vermochten sich jene gelehrteten Männer, welche man als die Hauptautoren des „Allg. Landrechts“ nennt: Coccejus und Suarez, nicht zu machen, und das neue Gesetzbuch wies den Frauen eine Menge Ausnahmestellungen an. Mit diesen wurde es im Jahre 1794 veröffentlicht, ungehört verhälste

die kräftige Appellation, welche kurz vorher die Engländerin Mary Wollstonecraft in der Schrift „Verteidigung der Rechte des Weibes“ an das Tribunal des Geistes ge richtet hatte.

Aber in den letzten Jahrzehnten seit es den nach Gleichberechtigung ringenden Männern gelungen ist, das Feudalwesen zu brechen und die Vorrechte der Stände aufzuhören, haben auch die Frauen mehr und mehr Gleichstellung mit den Männern erlangt. Das „Allg. deutsche Handelsgesetzbuch“ ertheilt der Handelsfrau alle Rechte und Pflichten eines Kaufmanns, während man früher, als sie noch Rechtswohlthaten genoß, mit ihr so ungern Geschäfte abschloß, wie mit Kindern. Die „Allg. deutsche Wechselordnung“ verlieh den Frauen die volle Wechselseitigkeit. Noch mehr Gleichberechtigung werden sie durch die neue, am 1. Januar 1870 in Kraft tretende Gewerbeordnung erlangen. Längst schon haben sich auch dem weiblichen Geschlecht eine Menge Erwerbsquellen geöffnet, an welche ebendamals Frauen nicht herantraten, selbst Staatsämter, wie bei der Post- und Telegraphenverwaltung, stehen ihnen hier und da offen; mehr noch, viel mehr steht zu erwarten.

Aber noch enthält das Gesetz eine Menge Ausnahmestellungen für das weibliche Geschlecht. Ein jüngerer Jurist hat dieselben vor kurzem übersichtlich in einer Broschüre zusammen gestellt (*). Da finden wir namentlich eine auffallende Beschränkung der Ehefrauen gegenüber den unverheiratheten Frauenspersonen und Wittwen. Der Mann kann nicht nur mit seinem, sondern auch mit dem Vermögen der Frau „willkürlich“ — dies Urteil wird schon in den Kleinschen Annalen gefällt — schalten. Die Ehefrau darf wider den Willen ihres Mannes kein besonderes Gewerbe treiben, was sie aber erwirbt, wenn sie ein solches treibt, gehört dem Manne. Die Soldatenfrauen (die gewöhnlich Vermögen mitbringen müssen) sind noch besonders beschränkt. Sie dürfen keine Grundstücke ohne Genehmigung des Regimentskommandos übernehmen, noch in ihrem Besitz befindliche veräußern oder verpachten, auch sollen sie kein Gewerbe ohne Genehmigung ihrer (?) vorgezogenen Dienstbehörde treiben. Lehnsliche Beschränkungen der Frauen gegenüber den Männern enthalten das Verhältniß der Eltern zu den Kindern und das Vormundschaftsrecht. Wir übergehen eine Menge Zurücklegungen der Frauen im Recht und bemerken nur noch, daß im Allgemeinen ihre Rechtsfähigkeit und Handlungsfähigkeit allenfalls sehr beschränkt ist. Am deutlichsten befunden sich dies bei den Bürgschaften und Intercessions. Die Frauenperson muß nach dem bestehenden Recht bei Übernahme von Bürgschaften, bei Entzugsurteil des Einwandes, daß der Hauptschuldner zuerst belangt werden müsse, überhaupt bei ihrem Eintritt in eine fremde Schuldverbindlichkeit (Intercession) jedesmal gerichtlich über die Wirkungen und Folgen bedeckt und verwarnt werden, und wenn sie sich in einem Instrument mit einer Mannsperson verpflichtet, so muß sie der „Bermuthung“ entsagen, daß sie nur Virgin sei. Den Ehefrauen muß gar noch ein rechtskundiger Beifand z. B. bei gemeinsamen Hypothekbestellungen oder Kaufverträgen mit ihrem Ehemanne zugeordnet werden.

Dies ganze Formwesen ist ebenso lästig als wirkungslos. Hat sich wirklich eine Frau die Bedeutung des Rechtsschaffens klar gemacht — und dazu fehlt es den Frauen weder an Gelegenheit noch an Erfahrung, sie sind sogar meist praktischer als die Männer, schon durch die täglichen Kaufgeschäfte, welche sie für Haus, Küche und — Garderobe besorgen; hat das also die Frau gethan, nun dann möchten wir den Richter kennenzulernen, welcher im Stande wäre, sie von ihrem „vernünftigen“ Vorhaben abzuwenden. Neben sich vielleicht den Mann ihrer Liebe, der die ihr wohlbekannte Augensprache spricht und vor sich einen fremden Aktenmenschen, dessen römisch-mittelalterliches Deutsch sie nur zum zehnten Theil versteht, da ist die Wahl nicht schwer. Man muß das überlegene Lächeln sehen, mit welchem die Frauen gewöhnlich den Ermahnungen und Belehrungen ihres richterlichen Warners zuhören, um zu begreifen, daß das Gesetz vom Richter verlangt, auf einen mittelalterlichen oder besser römischen Zopf Pomade zu streichen.

Wäre die Frau nun aber so leichtsinnig gewesen, sich die Folgen ihres Schrittes nicht klar zu gemacht haben, so wird der Richter sie wohl auch nicht abschrecken, schon deshalb nicht, weil sie ihn nicht versteht. Ein alter praktischer Jurist pflegte nach dem Vorlesen der betreffenden Verwarnung und nachdem er gefragt: „Haben Sie das verstanden?“ wenn die Antwort „Nein“ lautete, jedesmal zu sagen: „Ich auch nicht.“ Antwortete die Holde aber „Ja“, so meinte er: „Dann verstehen Sie mehr als ich.“

Aber trotzdem hat man diesen Formelzopf treulich konserviert. Unsere Juristen und mehr noch die des vorigen Jahrhunderts zeigen sich gern die Brille des römischen Rechtes auf, und wenn sie durchsehen, erblicken sie levitatem et imbecillitatem sexus, die Schwäche und Leichtigkeit des weiblichen Geschlechts, nicht unserer Frauen, sondern der ehedemlichen Römerinnen, die in ihrem Gymnasion auf Polstern lagen, von Sklavinnen sich Kühlung fäscheln ließen und Liebesintrigen spannen. Es gibt an unseren Universitäten alte Römer in alterthümlicher, aber nie

antiker Bekleidung, welche sehr erstaunt wären wenn sie hörten, daß die Frauen heut ganz anders denken und handeln, als die Römerinnen.

Doch Pardon, verehrte Leserinnen, für die Juristen! Gerade Ihnen verdanken Sie es ja auch, daß die alten Beschränkungen bei Bürgschaften und Intercessions, wie sie bereits in Frankreich und Österreich gefallen sind, auch in Preußen jetzt aufhören werden. Der Justizminister hat einen darauf bezüglichen Gesetzentwurf eingebrochen, der bereits die Vorberatung passirt ist; in den nächsten Tagen wird in der preußischen Kammer der alte Zopf mit aller Sachlichkeit und Gelehrsamkeit amputirt werden.

Einstens trugen Frauen einen Dichter selbst zu Grabe, weil er sie so schön besungen, nichts gethan als sie besungen. Werden die heutigen Frauen nicht wenigstens mit Lorbeerkränzen des preußischen Justizministers Stirn, welche kein voller Haarschmuck mehr deckt, schmücken? Wenn sie es nicht thun, so beweist das entweder, daß sie den Männern bereits sehr ähnlich geworden sind, welche nach einem weiblichen Dogma Muster von Unantastbarkeit sein sollen; oder aber es dokumentirt, daß heut zu Tage die Achtung vor den Frauen gar nichts so Besonderes ist, wie in dem frommen Zeitalter der Romantik und der — Roheit.

Deutschland.

△ Berlin, 2. Nov. Es bestätigt sich, daß die gestrige Beratung des Staatsministeriums zum Zweck der Prüfung des Gesetz-Entwurfes über das Unterrichtswesen stattgefunden. Der Entwurf hat mit geringen Abänderungen die Zustimmung des Staatsministeriums erhalten und es wird nunmehr die Allerhöchste Ermächtigung zur Einbringung derselben beim Landtage eingeholt werden. — Das Vorgehen des Grafen Lippe im Herrenhause erfährt nicht nur in liberalen Blättern die stärkste Kritik, sondern wird ebenso entschieden in konservativen Kreisen genehmigt. Man ist auch dort höchst erstaunt über die Art und Weise, wie sich der frühere Justizminister mit seiner eignen Wirksamkeit, so lange er dem Staatsministerium angehörte, in offenen Wider spruch setzt. Aber auch abgesehen davon, bestreitet namentlich die Rücksichtlosigkeit, mit der er gegen seine früheren Kollegen vorgeht. Dies Verhalten wird von konservativer Seite als ein gegen das preußische Gefühl und die konservativen Grundsätze verstörendes bezeichnet. Ein Mann von den politischen Anschauungen, zu welchen sich Graf Lippe bekannt, wird unmöglich die Wirksamkeit seiner ehemaligen Kollegen in der Weise angreifen, wie er es thut. Bisher ist es wenigstens in Preußen nicht Sitte gewesen, daß ein Minister von gestern die Minister von heute gewissermaßen als geeignete Objekte seiner Politik betrachtet; die altpreußische Überlieferung will vielmehr, daß man in den Räthen der Krone diese selber respektirt, um so mehr aber, wenn man selber gestern noch zu diesen Räthen gehört hat. So ungefähr lautet das Urteil in konservativen Kreisen über das Vorgehen des Grafen Lippe. Wie isoliert er mit seinen Ansichten dasteht, er sieht man daraus, daß er für seine neuesten Anträge nicht einmal die erforderlichen 10 Unterschriften hat zusammenbringen können und sie deshalb in Form von Petitionen einzubringen genötigt ist. — Man glaubt, daß die Beratung über die Budgetvorlage schon am Donnerstag ihren Anfang nehmen werde, und zwar in der Weise, daß man zunächst an die Beratung der einzelnen Kapitel geht und die Generaldebatte so lange aussetzt, bis man im Stande sein wird, in die Beratung der Vorschläge und Pläne des neuen Finanzministers, auf welche Weise das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen sei, einzutreten kann.

○ Berlin, 2. November. Das Abgeordnetenhaus trat heute in die Spezialberatung des Kreisordnungsentwurfes ein und erledigte den ersten Abchnitt von dem Umfang und der Begrenzung der Kreise. Es lag schon zu den ersten Paragraphen eine große Masse von Amendements vor, daß die ganze Umsicht des Prääsidenten v. Borckenbeck dazu gehörte, die Debatte in regelrechtem Geleite zu erhalten und zu greifbaren Resultaten zu führen. Anfangs nahm die Debatte einen ungemein eintönigen Charakter an und schien sich in minutöse Erörterungen zerplätteten zu wollen. Erst als es sich um den § 4 handelte, welcher das Ausscheiden der großen Städte aus den Kreisverbänden betrifft, gewann ein lebhaftes Tempo Platz und es traten wieder diejenigen Abgeordneten in den Vordergrund resp. einander entgegen, welche sich bereits in der allgemeinen Diskussion hervorgethan hatten: die Hrn. Solger, Gneist, Miquel und Lasker. Einigermaßen auffällig waren diezählungen bei den Schlussabstimmungen, welche für die liberalen Anträge entschieden. Es war unverkennbar und diezählungen ergaben es ja auch, daß die Linke stärker war als die Rechte, gleichwohl hielt das konservative Mitglied des Büros die Abstimmung stets für zweifelhaft. Für heute konnten die Liberalen mit den von ihnen erzielten Resultaten zufrieden sein. Den morgenden Verhandlungen über Petitionen und Anträge aus dem Schoße des Hauses sieht man insofern mit Interesse entgegen, als es sich dabei um eine Petition auf Einführung der Zivilehe und um den Antrag Eberts wegen Aufhebung der Beschränkungen des Preßgewerbes handeln soll. Der letztgesehnte

*) „Bur rechtlichen Stellung der Frauen“ von Ludwig Bachler, Kreisrichter. Breslau, bei Maruscha & Berndt. 1869.

Antrag sollte ursprünglich von der Tagesordnung abgesetzt werden, da nach einem mehrfach verbreiteten und mit Betonung auftretenden Gerücht, die Regierung selber damit umgehen soll, ein im liberalen Sinne umgearbeitetes Preßgesetz noch in dieser Session vorzulegen. Wegen der mannigfachen und vielleicht begründeten Zweifel, welche gegen dies Gerücht erhoben wurden, hat man von einer Vertragung dieses Antrags gerade in der Hoffnung Abstand genommen, um durch eventuelle Erklärung der Regierung festzustellen, wie weit jene Angaben begründet sind. — Aus dem Antrage der Fortschrittspartei für den Schluß der allgemeinen Budgetdebatte, Herbeiführung möglichster Ersparnisse im Bundesmilitäretat, wird nunmehr ein politisches Agitationsmittel. Gestern waren hier die Vorstände der Wahlbezirke für Landtag und Reichstag beisammen und beschlossen einerseits Petitionen im Sinne des Antrages an den Landtag und an den Reichstag zu richten, andererseits Resolutionen aufzustellen und diese als einen Theil des Wahlprogrammes der Fortschrittspartei zu verbreiten. Es ist nicht un interessant, daß derjenige Theil der Wahlbezirksvorstände, welcher der Richtung des Abg. Johann Jakoby angehört, die Beteiligung an der Agitation ablehnt. — Unsere frühere Mittheilung, wonach in der gestrigen Sitzung des Staatsministeriums das Unterrichtsgesetz in der Hauptsache erledigt werden sollte, um alsdann an die höchste Stelle zu gelangen, bestätigt sich vollkommen. Man sagt, der unannehmbarste Theil des Entwurfs beruhe in den Bestimmungen über die höheren Schulen und Universitäten, und man meint überdies, daß bei der so ver späteten Einbringung der Vorlage ernsthaft wohl von vornherein nicht daran gedacht werde, damit zu greifbaren Resultaten zu gelangen. — In Bezug auf die Deckung des Defizits scheint in Regierungskreisen jetzt erwogen zu werden, wie weit es thunlich sei, für das Jahr 1870 dem Finanzminister zu überlassen, die fehlende Summe von 5,400,000 Thlr. vorläufig durch eine schwedende Schulz zu decken und seine weiteren Finanzpläne erst im Herbst f. J. den Kammern vorzulegen. Es heißt, daß Staatsministerium werde sich in seiner morgenden Sitzung mit dem Etat und seiner Stellung zu der übermorgen im Abgeordneten hause beginnenden Staatsberathung beschäftigen. — Unter den schlesischen Mitgliedern des Abgeordnetenhaus es herrscht eine ziemlich starke Erregung über die Wahl des Landrats Gr. Pückler auf Weistrich zum Landeshauptmann durch den schlesischen Provinziallandtag, nachdem dieser Provinziallandtag der erste war, der auf ein Gesetz über Selbstverwaltung der provinzialständischen Institute hingearbeitet hatte. Graf Pückler, ein hochkonservativer und ebenso in religiöser Beziehung der extrem pietistischen Partei angehöriger Mann ist mit dem bekanntlich denselben Richtungen huldigenden Oberpräsidenten Grafen Eberhard zu Stolberg-Wernigerode verschwägert; man meint in jenen Abgeordnetenkreisen, daß die Unabhängigkeit der Verwaltung der provinzialständischen Interessen durch diese Wahl in keiner Weise so gesichert sei, wie es die ganze Institution der Landeshauptmannschaft voraussehen muß.

— Berlin, 2. Nov. [Österreich und Montenegro. Die hess-

sische Division.] Die Aussichten, welche Österreich auf eine schnelle Niederwerfung „Montenegro“ besitzen würde, können in ein einfaches Rech nengemäß zusammengestellt werden. Es sind zu den Gefechten vom 25. und 26. Oktober 11 österreichische Bataillone, nämlich die vollständigen Regimenter Nr. 7, 44 und als gesondertes Glantenkorps Nr. 48, nebst dem 24. und 27. Jägerbataillon aufgeboten worden, und es befinden sich zur Zeit 24 österreichische Bataillone, nämlich die vollständigen Regimenter Nr. 4, 7, 22, 44, 48 und 52, ein Marinebataillon und die 5 Jägerbataillone Nr. 8, 9, 22, 24 und 27 zur Bekämpfung des Aufstandes auf dem unmittelbaren Schauplatz desfelden konzentriert. Andererseits wird in dem offiziellen Bericht die Zahl der Aufständischen bei den erwähnten Gefechten auf 2000, und die zur Zeit in Waffen befindlichen Insurgenten und ihres Zugangs auf — nach den höchsten Schätzungen — 6000 angegeben. Die Frage stellt sich demnach: Wenn 11 österreichische Bataillone nicht hingreichen haben, 2000 Insurgenten niederzuwerfen, und wenn 24 österreichische Bataillone 6000 Insurgenten nicht zu bewältigen vermöchten, so viele österreichische Truppen werden erforderlich sein, um unter unendlich schwierigeren Verhältnissen, als sie bisher in Dalmatien obgewaltet haben, über 30,000 Feinde abzufügen, die nach allgemeinem Urtheil mit der genauesten Kenntnis ihres Berglandes die verzweifelteste Kühnheit und Verwegenheit verbinden. Thatächlich ist indeß, daß das Projekt die Unterdrückung des dalmatinischen Aufstandes mit der Okkupation Montenegro zu beginnen, seit vierzehn Tagen bereits in Wien als eine selbstverständliche Sache behandelt und besprochen wird. Faktum ist nicht minder, daß die ursprüngliche Idee dieses Projekts auf das österreichische Kriegsministerium zurückgeleitet werden muß, von dessen Organen der Allarmruf dafür zuerst ausgestimmt worden ist, und wenn die, wieder von militärischer Seite offen verkündete Unmöglichkeit den Aufstand anders als durch das so hingestellte Verfahren zu unterdrücken, nicht etwa bloss als eine offen bekundete Enttäuschung für ein im Voraus gefürchtetes und theilweise ja auch schon eingetretenes Misserfolg gedeutet werden muß, so dürfte schließlich wahrscheinlich in diesem Falle die Fabel von dem Bauer ihre volle thätsächliche Ausführung finden, welcher, um die Mäuse aus seiner Scheune zu verjagen, dieselbe angestellt. Es gäbe indeß wohl auch eine andere Erklärung, und die liberalen Parteien in Österreich, wie die Ungarn werden wohlthun, die Ereignisse in den südländischen Ländern mit scharfen Blicken zu verfolgen. Es ist kein Geheimniß, daß man sich von den Erfolgen der ausgeführten Reformen vom österreichischen Hofe wenig befriedigt fühlt, und die altpreußische und klerikale Partei, welche sich in der unmittelbaren Umgebung des Kaisers so stark vertreten findet, müßte sich selbst verlegen, wenn sie diese Stimmung nicht zum Ausgangspunkt erneuter Anstrengungen benützen sollte. Die Wege und Pläne dieser Partei haben jedoch zu allen Zeiten einen durchaus eigentümlichen Stempel getragen, und die Möglichkeit walzt immerhin ob, den selbstamen und nahezu unerlässlichen Verlauf der Dinge in Dalmatien mindestens theilweise auf eine geheime Einwirkung dieser Partei zurückzuführen. Zedenfalls sieht der Anfang des gegenwärtigen dalmatinischen Aufstandes dem Kroaten-Aufstand von 1848 zum Verwechseln ähnlich und der günstige Erfolg des damaligen, notorisch von derselben Partei angestifteten Verfahrens, könnte sehr wohl auch diesmal das Einschlagen des gleichen Wegs empfehlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs den Ausgang von 1848 und 1849 von Neuem in Szene zu setzen. — Die gegenwärtigen Vorgänge bei der hessischen Division dürfen in erster Reihe wohl auf gewisse Vorgänge zurückgeführt werden, welche schon früher in der Tagespresse eine Bekanntmachung des gleichen Wegs empfohlen, auch den Wortlaut der neuen Verfassung den Ausgleich mit den Slawen als eine unabsehbare Nothwendigkeit hinzustellen und thatächlich auf Grund und mit Hilfe dieses Ausgleichs

v. Freyberg-Eisenberg, vom bayrischen General-Quartiermeister-Stabe, zum Militärbefehlsmächtigen in Berlin ernannt worden.

Seitens des Kriegsministeriums sind die Landwehrbezirkskommandos angewiesen worden, den in ihren reip. Bezirken wohnenden „anstellungsberechtigten“ Militär-Anwärtern bekannt zu machen, daß sie bei Annahme niedrig besoldeter Unterbeamtenstellen die Verwundungszulage jedenfalls, die Invalidenpension aber in so weit fortsetzen, bis ihr Amtseinkommen und ihre Pension zusammen den Doppelbetrag der letzteren erreichen. Als anstellungsberechtigte Militär-Anwärter sind nur diejenigen Personen anzusehen, welche sich im Besitz des Zivilverfassungs-, resp. Zivilanstellungsscheines befinden. In letzterer Zeit war es nämlich vorgekommen, daß Militär-Anwärter bei dem Kriegsministerium sich um Verleihung von Stellen beworben haben. Zur Abhilfe ist eben vorerwähnte Anordnung getroffen worden. Da es auch Stellen giebt, welche den Betreffenden zur Zeit nicht zugänglich sind, so ist im Interesse der Anwärter bestimmt worden, daß diese sich von vier zu vier Wochen bei dem Bezirksfeldwebel nach den zu begehenden Posten erkundigen können.

In Bockum sind, wie von dort berichtet wird, mehrere Personen verhaftet und zur Untersuchung gezogen, welche im Verdachte stehen, seit mehreren Jahren jungen Leuten mit unlauteren Mitteln zur Befreiung vom Militärdienst verholfen zu haben. Die Untersuchung wird von einem Generalauditeur und einem Staatsanwalt aus Münster geleitet, und soll, wie die "Westph. Zeit." schreibt, einen großen Umsfang annehmen.

Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung seine Alten, welche die über den Dr. John vom Kölnischen Gymnasium verhängte Entziehung des Religionsunterrichts betreffen, überwandt und die Erklärung abgegeben, daß er die Veröffentlichung des betreffenden Altenstücks durch Abdruck nicht für räthlich halte, aber gegen die Berathung der Angelegenheit in öffentlicher Sitzung nichts zu erwähnen scheide.

In der am Montag von Dr. Löwe-Galbe berufenen Versammlung von Vertretern aus den sämtlichen Stadtteilen Berlins wurde einstimmig beschlossen, auf Sonntag Mittag zur Unterstützung des Birchowschen Abrüstungs-Antrages eine allgemeine Volksversammlung zu berufen.

Der Berliner Arbeiterverein beschloß in seiner gestrigen Sitzung außer einer Schiller- und Robert Blum-Feier, welche am 10. Nov. stattfinden wird, eine Waldeckfeier am 3. Dezember d. J. – an welchem Tage Waldeck vor 20 Jahren freigesprochen und der Haft entlassen wurde – zu veranstalten. Es wurde eine Kommission erwählt, welche sich mit den biegsigen Wahlvorständen und dem Vorstande der Fraktion der Fortschrittspartei in Verbindung setzen soll, um das Nächste über die Feier, der womöglich der Charakter eines allgemeinen Volksfestes gegeben werden soll, festzustellen. Die Kommission soll bereits an der nächsten Montagsitzung Bericht erstatten.

Der Reichstagsabg. Liebknecht ist von dem preuß. Stadtgericht in contumaciam zu 3 Monat Gefängnis verurtheilt, und das Gericht hat sich nach Leipzig gewandt, um dort Liebknechts Verhaftung zu bewirken. Das leipziger Gericht hat jedoch den Antrag abgelehnt und dies Verfahren aus § 25 und § 33 des Bundesgesetzes begründet.

Die schleswigsche Deputation, welche nach Berlin gekommen, um eine Adresse an den König zu überreichen, in welcher 27,000 dänisch gesuchte Einwohner um die Lösung der nordschleswigschen Frage petitionieren, wird vom König nicht empfangen werden, wie ihnen das ihr Präsident, Dr. v. Scheel-Plessen, schon vorhergesagt hat. Ob sie sich dann nach Wien wenden, ist nicht bekannt; das ist ihre Sache.

Privatnachrichten aus Paris zufolge, so schreibt die "G. St.", sind die diezinger Agenten mit der französischen Regierung in Unterhandlung getreten, um die Überführung der hannoverschen verirrten Legionäre nach Algier, wo ihnen ein Kolonisationsterrain überlassen werden soll. Die Agenten und die Legionäre geben sich der Hoffnung hin, sehr bald ihre Familien und Verwandten zur Auswanderung aus Hannover nach Algerien bewegen zu können. Es soll dieses Projekt mit der angeblichen Absicht des ehemaligen Königs von Hannover, nunmehr in optima forma und völkerrechtlich bindend abzudanken (?), in Zusammenhang stehen.

Aus Caen, 2. Nov., schreibt der "Gef.": Der Wohlstand in Kirchenjahren angestellte katholische Pfarrer Herr Warmke hatte Veranlassung genommen, seine Gemeindemitglieder ernstlich vor der Agitation zur Beseitigung der deutschen Sprache aus den Elementarschulen zu warnen. Den polnischen Pfarrkindern gefiel der wohlgemeinte Rat des Geistigers natürlich sehr wenig und eine Denunziation an den Bischof, worin über das „unfatholische“ Auftreten des Pfarrers geplagt wurde – polnisch und katholisch ist bekanntlich bei den Leutchen ein und dasselbe – war die Folge davon. Wie wir nun weiter aus glaubwürdiger Quelle hören, soll der Herr Bischof die unberechtigten Anträge der Kläger nicht nur nicht berücksichtigt, sondern die Handlungswollte des Herrn Pfarrer Warmke vollständig gebilligt haben.

Dresden, 2. Nov. (Tel.) In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde die Abänderung des Wahlgesetzes für die Synode im Sinne einer stärkeren Vertretung des Latenelements mit allen gegen 12 Stimmen beschlossen.

Karlsruhe, 2. Nov. (Tel.) Die Kammer der Abgeordneten hat den Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung der Gerichtsbarkeit der Schwurgerichte hinsichtlich der politischen und Pressevergehen mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Oesterreich.

Wien, 31. Okt. Die halbamtl. Wiener Abendpost macht wiederholt darauf aufmerksam, daß Mittheilungen über die Ereignisse in Kattaro, die nicht aus authentischen Quellen stammen, mit großer Vorsicht aufzunehmen seien, da sie nach Lage der Dinge nur auf Hörensagen beruhen können und daher sehr wenig zuverlässig sind. – Der Delegirte der wiener Handelskammer für den internationalen Kongress in Kairo ist dorthin abgegangen. Seine Instruktionen schreiben ihm vor, für die Neutralisierung des Suezkanals und für die Regelung der Gerichtsbarkeit, des Handels-, Wechsels- und Seerechts, sowie der Durchgangsgebühren zu wirken, endlich auch den Gedanken eines neuen internationalen Kongresses anzuregen, der sich mit der Frage der Gerichtsbarkeit über die fremden Unterthanen in der Türkei im Allgemeinen zu beschäftigen habe.

Prag, 30. Okt. Fürst Metternich kommt Anfangs nächster Woche nach Königswart, wo er mit seiner Gemahlin bis zu seiner gänzlichen Heilung verbleibt. Dessen Rückkehr nach Paris erfolgt nach der Rückkehr des Kaisers aus dem Orient.

Triest, 30. Okt. Aus Kattaro eingetroffene zuverlässige Nachrichten stellen die Beteiligung Montenegro und der Herzegowina am Kampfe der aufständischen Bochesen gegen die österreichischen Truppen entschieden in Abrede. Es mögen einzelne Montenegriner und Herzegowiner sich unter den Insurgenten befinden, aber von einer Unterstützung der doch auf sehr beschränktem Territorium begränzten Insurrektion hält den Fürsten Nikolaus die Einsicht ab, daß seine Streitkräfte nicht hinreichen würden, um den gemeinsamen Angriffen der Österreicher und Türken mit Erfolg Widerstand zu leisten. Die Paschas von Albanien und Bosnien haben übrigens sofort Truppen nach der Grenze geschickt, um eine Verbindung mit den Insurgenten zu verhindern. Unter diesen Umständen wäre eine Vereinbarung Österreichs mit der Pforte wegen gemeinsamer Operation gegen die Aufständischen überflüssig. Von zuverlässiger Seite wird auch die Nachricht, daß eine solche Vereinbarung stattgefunden, in Abrede gestellt.

Zara, 2. Nov. (Tel.) Bei dem Oberstkommandirenden der kaiserlichen Truppen ist eine Deputation aus Zuppa eingetroffen, welche Namens der dortigen Bevölkerung Unterwerfung anbietet. Nach den Aussagen der Abgesandten wäre die Ursache des Aufstandes hauptsächlich in den Aufstachelungen der Popen

und anderer Agitatoren zu suchen. – Wie mehrere Zeitungen melden, hat der Fürst von Montenegro Anlaß genommen, sich gegen die Verdächtigung, als unterstützte er den Aufstand, formell zu verwahren.

Frankreich.

Paris, 31. Okt. Es bestätigt sich vollständig, daß der Kaiser wieder unpäuschlich war. Nur versichert man, daß die rheumatischen Schmerzen, von denen er am letzten Freitag heimgesucht wurde, sehr unbedeutend waren, und daß er heute im reservirten Theile des Parks von Compiègne jagen sollte. Man weiß bereits, berichtet der "Gaulois", daß der Kaiser am 27. November Compiègne verlassen und in den Tuilerien seine definitive Wohnung für den Winter nehmen wird. Der Kaiser hat gestern die Kaiserin telegraphisch aufgefordert, das Ende ihrer Reise nicht zu beschleunigen. – Gerüchte von einer sofortigen Modifikation des Ministeriums sind wieder im Umlauf. Man bringt die lange Konferenz, welche der Prinz Napoleon gestern in Compiègne mit dem Kaiser hatte, und die gestern plötzlich erfolgte Ankunft Emil Olliviers in Paris damit in Verbindung. Letzterer hat bekanntlich vor einigen Tagen ein Schreiben an Girardin gerichtet, welches dem Kaiser vorgelegt wurde, das diesem äußerst gut gefallen haben soll. Möglich wäre es daher, daß noch vor der Kammeröffnung ein Ministerium Ollivier und Konsorten ans Ruder kommt. Fleury ist nach Russland abgereist. Wie es heißt, soll er in Petersburg die Frage betreffs einer Entwaffnung Europas zur Sprache bringen. Für morgen und nächsten Dienstag hat die Polizei wieder Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Es wird jedoch wohl zu keinen Demonstrationen kommen und die Ruhe nicht gestört werden. Es ist nämlich nicht begründet, daß das Komitee, welches mit der Subskription für Baudin betraut ist, beschlossen hat, am 2. Nov. das Monument auf dessen Grab zu enthüllen. Dasselbe hat in dieser Beziehung noch gar keinen Beschlüsse gefaßt. Wahrscheinlich ist aber, daß diese Feierlichkeit erst am 3. Dezember, dem Todestage des genannten, stattfindet. – Nach der "Patrie" ist es nicht begründet, daß die Regierung die mobile Nationalgarde abschaffen gedenkt. Dieses Institut soll fortbestehen bleiben. – Die Wahlbewegung ist bereits in vollem Gange. Alle Journale beschäftigen sich mit derselben. Zwei Kandidaten haben sich bereits gemeldet, nämlich Friedrich Terme, Redakteur des "Peuple Français", der im Juni von Gambetta geschlagen wurde, für den ersten, und Arthur Picard, Bruder des bekannten Deputirten Ernst Picard, für den zweiten Wahlbezirk. Der von Louis Blanc vorgeschlagene Modus der Wahl von Eidesverweigerern, mit gleichzeitiger Konstatirung des Stimmenverhältnisses durch Separatastimmung mit Namensnennung auf den Listen der Wahlkomites der "Universitätslichen", scheint sich nur schwer Bahn brechen zu wollen.

Vom morgen ab tritt der neue Telegraphen-Darif in Kraft, wonach die einfache Depesche durch ganz Frankreich einen Franken kostet. – Die sechste Kammer des Büchtpolizeigerichts fällt gestern Abend gegen 7½ Uhr ihr Urteil in der Angelegenheit von Bellville. Obgleich der Vertheidiger schlagnend dargethan, daß der Polizeikommissar das Gesetz verletzt und die Verammlung nur deshalb dessen Aufforderung, sich zu trennen, keine Folge geleiht, so wurden doch alle sieben Beschuldigten verurtheilt. Nur ließ der Geschäftshof den Anklagepunkt Betreffs der aufrärrischen Rufe fallen. Lissagaray, Lombard Odier und Amouroux erhielten 500 Franken Geldstrafe, Haroz und Napoleon Gailhard jeder vier und Noiret drei Monate Gefängnis.

Paris, 2. Nov. (Tel.) Das Allerseelifest ist in aller Ordnung verlaufen. Auf dem Kirchhofe Montmartre war die Zahl der Besucher wie gewöhnlich sehr groß. Auf den Gräbern Cavaignacs und Baudins wurden zahlreiche Kränze niedergelegt. Die Zirkulation ist nirgends unterbrochen worden.

Spanien.

Zu den vielen Unterdrückungen und Verfolgungen, welchen jetzt die Presse in Spanien ausgesetzt ist, kommt jetzt eine neue in Valencia, wo der General-Kapitän Primo de Rivera den eben geltenden Zustahmezustand benutzt, um das dort erscheinende Blatt "Las Provincias" bis auf Weiteres zu unterdrücken. Als Grund giebt er dessen "Angriffe auf die Ehre des Heeres", an, welche "die öffentliche Ordnung erschüttern könnten". "Las Provincias" ist eines der best redigten Blätter Spaniens und genieht im Lande eine Anerkennung, wie kaum eine zweite der nicht in der Hauptstadt erscheinenden Zeitungen. Es ist von je her für die Sache der Ordnung und außerdem für die monarchische Verfassung eingetreten; aber selbst das regierungsfreundlichste Blatt würde an der Aufführung spanischer Soldaten in einer besiegten Stadt zu tadeln haben. Die wirkamste Widerlegung dieser Anklagen glaubt nun der General-Kapitän in der Unterdrückung des Blattes zu finden.

Madrid, 1. Nov. (Tel.) Der Regent hat die Entlassung des Ministers des Äußern, Silvela, sowie die des Finanzministers Ardanaz angenommen. An deren Stelle ist Martos zum Minister des Äußern, Figuerola zum Finanzminister ernannt worden.

Italien.

Florenz, 29. Okt. Am 25. ist die Königin von Würtemberg unter dem Namen einer Gräfin Leck hier eingetroffen. Die hiesigen Journale beschäftigen sich mit der verabredeten Zusammenkunft des Kaisers von Österreich und des Königs Viktor Emanuel. Zeit und Ort scheinen noch nicht definitiv festgesetzt zu sein. Man glaubt, daß der Kaiser auf der Rückkehr in Brindisi dem Könige, der ihn dort erwarten will, den Besuch abstatten wird.

Großbritannien und Irland.

Der Senat der Universität Edinburgh hat in Übereinstimmung mit dem Gutachten der medizinischen Fakultät beschlossen, eigene Klassen für die Unterrichtung von Frauen in den medizinischen Wissenschaften einzurichten.

Rußland und Polen.

Petersburg, 2. Nov. (Tel.) Der neue Gesandte der Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde heute von dem Kaiser empfangen. In seiner Ansprache an den Monarchen äußerte der Gesandte, er sei glücklich, den Gefühlen der Bewunderung und Hochachtung der Regierung und des Volkes der Vereinigten Staaten für den Kaiser wiederholten Ausdruck zu geben. Regierung und Volk von Amerika hegen die innigsten Wünsche für die Dauer und das Wohlergehen der gegenwärtigen, durch Weisheit, Festigkeit und Gerechtigkeit ruhmvollen Regierung Russlands.

Türkei und Donausfürstenthümer.

Konstantinopel, 28. Okt. In Mesopotamien greift der Aufstand stark um sich. Aller Verkehr ist gestört; viele höhere Beamte wurden ermordet. Militär wird dorthin geschickt. Nach einem Bericht des türkischen Kriegsministers an den Sultan über die Armeeereform bringt die Türkei durch Errichtung einer Reserve von 70,000 Mann, einer Erfahrengreserve von 300,000 Mann und durch die Neorganisation der Redifs ihre verfügbare Stärke auf 700,000 Mann.

Aus Pera, 21. Okt., wird der "Allg. Ztg." geschrieben: Die Kaiserin Eugenie hat während ihres hiesigen Aufenthaltes kein Wort über den egyptischen Konflikt gesprochen. Der Vizekönig von Egypten berath sich eifrig mit Nubar Pascha und scheint durch letzteren in seiner Hoffnung auf auswärtigen Beifall mehr und mehr bestärkt zu werden. Dem englischen Konsul erklärte er, daß er bei reislicher Überlegung dahin kommen werde, nicht nur die finanziellen Forderungen, sondern sämtliche 7 Punkte des Pforten-Ultimatums abzulehnen. „Hat man mit den Türken Streit“, sagt er, „muß man entweder durch Bestechung zum Ziele kommen oder die Zähne zeigen.“ Früher habe ich das Erstere gehabt, jetzt werde ich die Zähne zeigen.“ In Alexandria behauptet man, der Kedive beabsichtige nichts weniger, als sich bei der Gründung des Kanals durch ein fingiertes Plebiscit für unabdingbar erklären zu lassen, um durch ein fait accompli dem Streite mit der Pforte ein rasches Ende zu bereiten. Der Plan ist abenteuerlich genug; Nubar-Pascha wäre freilich der Mann dazu, und der Kaiser Napoleon, selbst das Produkt eines Plebiscits, würde nicht viel einwenden können.“

Alexandria, 22. Okt. Aus Konstantinopel melden zwar Privatnachrichten, daß auch der Sultan zur Theilnahme an den bevorstehenden Festlichkeiten bei der Gründung des Kanals einetreten werde, aber bis jetzt ist in den Kreisen der Regierung nicht das Mindeste von einer solchen Absicht des Padischah bekannt geworden. Bei den noch nicht gelösten Differenzen des Großherrn mit seinem Kedive ist die Herkunft des ersten nun so unwahrscheinlicher, als der Sultan dem Vizekönige gegenüber, welcher mit dem Glanze eines unabhängigen Fürsten auftritt, hier doch sehr in den Schatten gestellt werden würde. In den diplomatischen Kreisen wird die Nachricht von dem Scheitern des Sultans daher auch bezweifelt. – Heute traf die Kaiserin der Franzosen ein. Sie hatte jeden offiziellen Empfang abgelehnt, offenbar, um in Konstantinopel die Empfindlichkeit nicht zu steigern, welche die hier veranstaltete Festfeier an sich schon erregt. Die hohe Frau begab sich nach der Bevollkommnung Seitens des französischen Konsulats-Berwesers und mehrerer Damen sofort in Begleitung des Vizekönigs, des Hrn. v. Lesseps und des Konsulats-Berwesers zur Reise nach Kairo nach dem Bahnhofe. Der Kaiser von Österreich wird in der Mitte des nächsten Monats erwartet. Es ist in Kairo der Palast des Mahomed Lewsi Pascha in der Zitadella für denselben in Stand gesetzt. Der Kronprinz von Preußen wird das Palais auf der Esbekie bewohnen.

Alexandria, 1. Nov. (Tel.) Die internationale Konferenz in Betreff der Konsulargerichtsbarkeit ist bis zum 11. November verlängert worden.

Afrika.

— Die neueste am 28. Oktbr. in Triest eingetroffene Überlandpost meldet aus Bombay, 9. Okt.: Die Perse sollen die Turcomanen in Khorasan geschlagen haben. In Butan soll eine große Schlacht geliefert worden sein. — Hongkong, 16. Sept.: Die "Pekinger Zeitung" geht ein, daß die chinesische Regierung die Herrschaft über das chinesische Turkestan verloren habe.

Amerika.

Washington, 1. Nov. (Tel.) Nach dem soeben veröffentlichten Finanzbericht hat im vergangenen Monat die Staatschuld um 7,360,000 Dollars abgenommen. Für den Anlauf von Bonds nebst Zinsen sind bis jetzt im Ganzen 64 Millionen verausgabt worden.

Bom Landtage.

11. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.
Berlin, 2. Nov. Gründung um 11½ Uhr. Am Ministertisch Graf Eulenburg, v. Selbott, die Regierungskommissar Persius und Rohde für die Ministerien des Innern und der Finanzen. Der Abg. Duoadt (2. Kölner Wahlbez.) hat sein Mandat niedergelegt, desgleichen, wie unter großer Heiterkeit des Hauses mitgetheilt wird, der Abg. Menhöffer (4. Gumbinner Wahlbez.). Wenn wir nicht irren, war er wegen Schnupfen beurlaubt. (Red.)

Die Vorlage, betr. die Auflösung der Feuerver sicherungs-Anstalt zu Frankfurt a. M., wird der Kommission für Handel und Gewerbe, der Antrag Eberts, betr. die Zivile, einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Ein als schleunig bezeichnete Antrag des Abg. Laster, die Untersuchung, welche das 1. Stadtkreis zu Berlin durch Beschluss vom 8. Okt. 1869 gegen den Abg. Dr. Guido Weiß wegen Preisvergehen eingeleitet hat, während Dr. Weiß an diesem Tage bereits zum Abgeordneten gewählt und in das Parlament eingetragen war, auf Grund des Art. 84 einzustellen, den auf den 5. Nov. anberaumten Termin aufzuhaben und von diesem Beschluss dem 1. Staatsministerium Mittheilung zu machen, soll durch Schlussverhandlung erledigt werden. (Referent Abg. Lent)

Bei dem Eintritt in die Spezialdiskussion über die Kreisordnung bestimmt Prä. v. Dörckenbeck, daß ein Mitglied der Kreisordnungskommission über die etwaigen Petitionen bei jedem § der Vorlage Bericht erstatte.

Tit. I handelt von den Grundlagen der Kreisverfassung, Abschnitt I deselben von dem Umfang und der Begrenzung der Kreise. Die beiden ersten §§ lauten: § 1. Die Kreise bleiben in ihrer gegenwärtigen Begrenzung als Verwaltungsbereiche bestehen. § 2. Jeder Kreis bildet nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes einen Kommunalverband zur Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten mit den Rechten einer Körperschaft.

Abg. v. Bonin (Genthin) beantragt, die Worte „als Verwaltungsbereiche“ zu streichen und § 2 so zu fassen: Jeder Kreis bildet einen staatlichen Verwaltungsbereich, und nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes einen Kommunalverband zur Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten mit den Rechten einer Körperschaft. Der Antragsteller motiviert dies durch die Notwendigkeit einer klaren Fassung, da durch das Gesetz die Kreisverfassung nicht allein als Kommunalverband, sondern auch als staatlicher Verwaltungsbereich reorganisiert werden soll. Die Abg. Henning und Grumbrecht finden darin eine Trennung des Kreises in einen Staats- und Verwaltungsbereich ausgedrückt, was gegen den Sinn des Gesetzes sei. Das Haus möge beide Anträge ablehnen. v. Hoyerbeck wird für den ersten, aber gegen den zweiten stimmen. Die Kreise sollen nicht bloß Verwaltungsbereiche, sondern auch Kommunalbezirke bleiben. — Abg. Miquel: Von dieser Trennung zwischen Verwaltung und Kommunalbezirk kann nur insofern die Rede sein, als die verschiedenen Funktionen in einem Verwaltungskörper zusammenfallen. § 1 kann deshalb unverändert stehen bleiben.

Die Anträge v. Bonin werden abgelehnt und §§ 1 und 2 in der Fassung der Vorlage unverändert genehmigt.

§ 3 der Vorlage lautet: Die Veränderung bestehender Kreisgrenzen

und die Bildung neuer Kreise erfolgt nach Anhörung der beteiligten Kreisvertretungen und des Provinzial-Landtages durch lgl. Verordnung; sofern jedoch eine Änderung der Wahlbezirke für die Landesvertretung oder deren Grenzen hiermit verbunden ist, durch Gesetz. — Wo und insoweit in Folge einer derartigen Veränderung eine Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten sich als notwendig ergibt, ist solche mit Ausschluß des Rechtswegs im Verwaltungswege zu bewirken. — Kommt eine Einigung der Beteiligten darüber zu Stande, so unterliegt dieselbe der Bestätigung der Regierung; im entgegengesetzten Falle entscheidet der Minister des Innern. — Privatrechtliche Verhältnisse werden durch dergleichen Veränderungen nicht berührt. — Veränderungen solcher Gemeinde- oder Wahlbezirksgrenzen, welche zugleich Kreisgrenzen sind, ziehen die Veränderung dieser Kreisgrenzen und wo die Kreis- und Wahlbezirksgrenzen zusammenfallen, auch der letzteren ohne Weiteres nach sich. Eine jede Veränderung der Kreisgrenzen ist durch das Amtsblatt bekannt zu machen.

Die Abg. v. Hennig, Lasker, v. Hoverbed, Böhrner und Klop beantwirken, Al. 1—3 des § 3 so zu fassen: Die Veränderung bestehender Kreisgrenzen, die Bildung neuer, sowie die Zusammenlegung mehrerer Kreise erfolgt durch Gesetz. Dasselbe Gesetz soll die etwa in Betracht kommenden Grundsätze der Auseinandersetzung regeln. Streitigkeiten, welche bei der Auseinandersetzung selbst entstehen, unterliegen dem ordentlichen Rechtswege.

v. Brauchitsch (Elbing) faßt den Satz in Alin. 1: sofern u. s. w.: sofern jedoch eine Änderung der Grenzen der Wahlbezirke für die Landesvertretung u. s. w., und schlägt für Alin. 2 und 3 folgende Fassung vor: Wo und insoweit in Folge einer derartigen Veränderung eine Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten sich als notwendig ergibt und nicht im Wege einer gütlichen Einigung zu Stande kommt, entscheidet hierüber endgültig ein Schiedsgericht, zu welchem jeder der beteiligten Kreise ein Mitglied, die Bezirksergierung aber den Obrmann ernnt.

v. Bockum-Dolffs will in Alin. 3 statt „Regierung“ setzen: Bezirkerrath; v. Kardorff faßt Alin. 2 und 3 des § 3 so: Die in Folge solcher Veränderungen notwendige Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Kreisen bedarf, auch wenn sie im Wege gütlicher Einigung herbeigeführt wird, der Bestätigung der Regierung; im entgegengesetzten Falle setzt die letztere das Interimistum fest und entscheidet endgültig der Provinzial-Verwaltungs-Gerichtshof.

Auf den Antrag des Grafen Cullenburg (Deutsch-Krone) wird die Beratung und Beschlussfassung über die Anträge v. Bockum-Dolffs und v. Kardorff bis zur Diskussion des § 131 (Aufsichtsbehörden) des Entwurfs ausgeführt; bis dahin soll über die Bestimmungen des Gesetzes, in denen der „Bezirkerrath“ resp. der „Provinzialgerichtshof“ bei Annahme jener Anträge ihre Stelle finden würden, einstweilen nur mit Vorbehalt abgestimmt werden.

Abg. Miquel: Die Motive sagen, die Bildung neuer Kreise und die Veränderung der Kreisgrenzen sei nichts weiter, als eine Behörden-Organisation, die aber seit in Preußen eine lgl. Prerogative und Bedürfe daher der Zustimmung der Landesvertretung nicht. Ich will ganz dahingestellt sein zu lassen, ob dieser Satz richtig ist oder nicht, jedenfalls paßt er auf den vorliegenden Fall nicht. Denn bei der Bildung neuer Kreise oder der Veränderung der Kreisgrenzen handelt es sich nicht allein um das Organisieren von Behörden, es wird nicht allein das Landratsamt und der Kreisausschuß dadurch berührt, sondern es entsteht eine sehr wesentliche Veränderung in den Rechtsverhältnissen der Kreiseingesessenen, eine Veränderung der Grundlagen der Staatsverwaltung, und das kann durchaus nicht unter den Begriff der Behörden-Organisation fallen. Eine so wichtige Frage der Gesetzgebung zu überweisen, ist gewiß um so richtiger, als ja diese auch nach dem Entwurf Platz greifen soll, sobald mit Veränderung der Kreisgrenzen zugleich eine Veränderung der Wahlbezirke eintritt. Damit vermeiden wir zugleich die große Schwierigkeit, die im entgegengesetzten Falle mit der Frage verknüpft ist, wie die Auseinandersetzung in den Vermögensverhältnissen der Kreise erfolgen soll. Die Entscheidung hierüber der Verwaltung zu überlassen, wird sic nie ein Abgeordnetenhaus entschließen; eine befugte Überweisung dagegen an die Gesetzgebung wird Fragen dieser Art sowohl nach ihrer privatrechtlichen Seite hin genügen, thun wie auch gleichzeitig die allgemeinen Staatsinteressen am Besten zu berücksichtigen vermögen.

Reg.-Kom. Persius: Bis jetzt sind neue Kreise immer durch lgl. Verordnung gebildet worden, doch wurde natürlich die neue Organisation nicht eher vorgenommen, als bis bei Gelegenheit der Budgetberatung die erforderlichen Mittel dazu vom Hause bewilligt waren. Theoretisch freilich mag darüber gestritten werden, ob der administrative Weg ausreicht, oder ob ein Teil der Gesetzgebung notwendig ist, weil ja die Kreise nicht blos Verwaltungsbezirke, sondern auch Korporationen bilden. Jedenfalls aber muß anerkannt werden, daß der Gesetzgeber befugt ist, durch allgemeine Gesetze der Exekutive diese Errichtung zu ertheilen; und eine solche soll hier ausgesprochen werden. Die entsprechende Bestimmung der Gemeindeordnung, wonach Veränderungen der Gemeindebezirke gleichfalls im Wege der Verwaltung erfolgen, hat sic bisher als durchaus zweckentsprechend erwähnt. Ein gleiches Verfahren dürfte sich auch für Veränderungen von Kreisgrenzen um so mehr empfehlen, als einerseits der Unterschied zwischen Kreis und Gemeinde in dieser Hinsicht nur in der größeren Ausdehnung des Kreises besteht, andererseits aber die bisherige Praxis sowohl wie ein geringeres Klagen und Uebelständen nicht gegeben hat.

Abg. Graf Cullenburg (Deutsch-Krone): Da die Bildung neuer Kreise sowohl auf privatrechtliche wie auf staatsrechtliche Verhältnisse einen bedeutenden Einfluß ausübt, wird von keiner Seite bestritten werden. Daraus folgt aber nicht, daß diese Veränderungen nur durch Gesetz erfolgen müssen. Die Bildung neuer Kreise fällt in ganz eminentem Grade in das Gebiet der Exekutive. Man sagt uns, sobald die Wahlbezirksgrenzen dadurch tangiert würden, habe ja die Gesetzgebung dies Recht schon jetzt; das ist ganz richtig; aber weil die Landesvertretung ein Recht hat, braucht man ihr deswegen nicht noch ein größeres einzuräumen. Ich finde es aber auch nicht zweckmäßig, ihr in Zukunft dies Recht zu geben, da dieselbe kaum die geeignete Behörde ist, um in privatrechtlichen Fragen die richtige Entscheidung zu treffen. Hierzu eignet sich am Besten das von v. Brauchitsch vorgeschlagene Schiedsgericht.

Abg. v. Kardorff wird wesentlich aus praktischen Gründen für die Regierungsvorlage stimmen, um nicht durch Konstituierung des weitläufigen Wege der Gesetzgebung das Streben nach Veränderung der Kreisgrenzen einzuschränken. — Wenn der Antrag v. Hennig die bei der Auseinandersetzung entstehenden Streitigkeiten den ordentlichen Gerichten zur Entscheidung überweisen will, so bekommen diese damit ein ganz neues Feld der Thätigkeit für das ihnen jede Praxis sowohl wie ein bestimmtes gerichtliches Verfahren schafft; sie werden dadurch nur in großer Verlegenheit versetzt.

Abg. v. Brauchitsch (Flatow) empfiehlt seinen Antrag auf Überweisung derartiger Streitigkeiten an besondere Schiedsgerichte. Dieselben werden dem Minister des Innern eine Menge von Geschäften abnehmen, sie werden diese Geschäfte schneller erledigen, als er oder die Gesetzgebung es thun könnten, kurz sie werden sich in jeder Hinsicht als recht eigentliche Organe der Selbstverwaltung beweisen.

Abg. v. Bethmann-Hollweg: Der Antrag, die Entscheidung über diese Verhältnisse nicht der Verwaltung, sondern der Gesetzgebung zu übertragen, ist ein echt konservativer, und ich werde daher um so lieber für ihn stimmen, als in vielen Fällen die Verwaltung selber ein Interesse an der Zerreißung der Kreise haben kann, also als unparteiisch nicht anzuerkennen ist.

Der Minister des Innern: Es ist gesagt worden, diejenigen, welche eine Entlastung der Verwaltungsbehörden wünschten, müßten dafür stimmen, daß diese Verhältnisse im Wege der Gesetzgebung geregelt würden. Das ist durchaus falsch. Im Gegenteil, das verdoppelt und verdreifacht die Arbeit der Verwaltungsbehörden. Denn diese müssen alle Arbeiten verrichten, die sie an und für sich haben, und müssen außerdem noch die Vorarbeiten machen für die Vorlagen an die Häuser des Landtages. Überhaupt halte ich es nicht für richtig, daß man bei jedem Urteil der Gesetzgebung dahin zu wirken sucht, daß alle Verhältnisse im Staate nur durch Gesetz geregelt werden müssen. In Hannover haben Sie nicht gegöttert, gewisse Branchen der Verwaltung dem Wege der lgl. Verordnung zu überlassen und Sie haben sic dabei ganz wohl befunden. Je mehr Sie der Gesetzgebung übertragen, desto mehr erschweren sie die Arbeit dieser sowohl wie der Verwaltung, und die Bürde wird zeitweise für beide ganz unerträglich werden. Wenn Sie nicht überzeugt sind, daß irgend eine Branche der Verwaltung von so außerordentlicher Wucht für das ganze Staatsleben sei, daß sie ganz unmöglich die gesetzgebenden Faktoren passiren müßt, dann überlassen Sie doch den Verwaltungsbehörden, vorausgesetzt, daß Sie das nothige Vertrauen zu denselben haben. (Heiterkeit llns.) Alles der Gesetzgebung zu überweisen, erschwert das Rollen der Maschine außerordentlich und führt eine Belastung herbei, der wir auf die Dauer alle nicht gewachsen sind.

Abg. v. Grünthalhausen: Eine Regelung der Prinzipien der Auseinandersetzung im Wege der Gesetzgebung, wie von Hennig sie verlangt, ist geradezu unmöglich. Wenn es sic z. B. um die Unterhaltung von Chausseen handelt, sind so viel verschiedene Modalitäten möglich, daß, bei der Untrennbarkeit von Ausführung und Grundsätzen nicht die Gesetzgebung, sondern ein Schiedsgericht geboten erscheint. Der Einwand, daß die Beteiligten nicht immer zwei ganze Kreise, sondern zuweilen auch Theile von Kreisen sind, entscheidet gegen unsern Vorschlag nicht. Die Regelung freitlicher Fragen durch das Gericht würde nur dazu führen, daß den abgetrennten Gemeinden, welche die eine Partei bilden, dasjenige herausgezahlt würde, was doch dem ganzen Kreis gehört. Ein Schiedsgericht würde hier den Umständen entsprechender urtheilen können. Schon bisher sind häufig Schiedsgerichte in solchen Fällen eingefest worden und Sie werden dieselben in fast jedem Meliorationsstatut eingeführt finden.

Abg. v. Hennig: Der Herr Minister hat uns auf Hannover verwiesen. Die Anführung trifft nicht zu. Die betreffenden lgl. Verordnungen waren nur Ausführungsverordnungen, die erst erlassen wurden, nachdem wir vorher durch besondere Gesetze die Art der Ausführung festgestellt hatten. Als wir in diesem Hause einem Gesetz über die Vereinigung der Stadt Celle mit ihren Vorstädten zustimmen, haben wir nichts Anderes gethan, als was unser heutiges Amendum bezeichnet. Früher wurden solche Verhältnisse selbstständig zu entsprechen, ohne des übrigen Kreises zu bedürfen, dessen Interessen häufig ganz entgegengesetzte sind, daraus erwächst eine Schwierigkeit in dem gegenwärtigen Verhältnis, die nur durch eine Ausscheidung der Stadtgemeinde gehoben werden kann. Prinzipiell würde ich deshalb dafür sein, die Landgemeinden ganz auf sic selbst zu stellen, da wir jedoch nicht tabula rasa haben, sondern die historischen Verhältnisse berücksichtigen müssen, so will ich nicht mit einander verschmelzen gewaltsam auseinanderreissen. Die Erfahrung scheint mir dafür zu sprechen, daß die Städte von 20,000 Einwohnern vollständig genug sind, um selbstständige Verwaltungsbezirke zu bilden; schon gegenwärtig haben wir Stadtteile von weniger als 25,000 Einwohnern. Die Auseinandersetzung beim Ausscheiden einer Stadt aus dem Kreisverband darf nicht, wie im vorigen Paragraphen, von einem Akt der Gesetzgebung abhängig gemacht werden, denn sonst wird das durch die Kreisordnung ertheilte Recht vollkommen illusorisch gemacht. Aus demselben Grunde wollen wir, daß die Auseinandersetzung dem Austritt nicht vorhergehen muß, weil dadurch mindestens eine Verzögerung bis zur definitiven Entscheidung herbeigeführt werden würde. Der Vorbehalt des Rechtsweges sichert eine allen Theilen gerecht werdende Berücksichtigung der verschiedenen Interessen.

Abg. v. Hoverbed: Zur Entscheidung solcher rein privatrechtlicher Fragen bleibt es keine kompetenteren Behörde, als das Gericht. Der Wunsch so vieler Städte, aus dem Kreisverband herauszutreten, ist in der Sorge nach begründet, sich ungerechtfertigten Maßregeln der Landräthe zu entziehen. (Miseris regis.) Für diese müssen wir geeignete Schutzmittel schaffen, denn das vollständige Auseinanderreissen von Stadt- und Landgemeinden halte ich nicht für empfehlenswert. Bei größeren Städten entwickelt sich jedoch eine Sonderheit der Interessen, die ihre Selbstständigkeit geboten erscheinen läßt. Da die Zahl von 20,000 Einwohnern hierzu genügend ist, hat der Obrmann selbst zugestanden, indem er die Thatache konstatierte, daß der Stadtkreis Schivelbein nicht mehr als 19,000 Einwohner besitzt.

Abg. v. Behmann-Hollweg hält die Feststellung der Zahl auf 20,000 für eine Röderung der Gerechtigkeit; bei einer vollkommenen Prävalenz der Stadtgemeinde müßt man derselben auch entsprechende Rechte innerhalb der Vertretung bewilligen, und ein dadurch herbeigeführtes Ueberwiegen der städtischen über die ländlichen Interessen sei nicht gut. Für den Rechtsweg halte er die Auseinandersetzung nicht geeignet; es komme hier in den meisten Fällen mehr auf aequitas als auf strenges ius an. — Reg.-Kom. Persius teilt die von Bethmann-Hollweg gegen die Buläßigkeit des Rechtsweges geltend gemachten Bedenken. — Abg. Eichow: In vielen Zweigen der Verwaltung besteht die gleiche Bestimmung, die über das Provisorium der ministeriellen Anordnung den Rechtsweg offen läßt; es kommen übrigens im vorliegenden Falle nur vermögensrechtliche Fragen in Bezug. — Abg. Graf Bethmann-Hollweg vertheidigt sich gegen die partikularistische Taktik, als besteige eine Divergenz der Interessen zwischen Stadt- und Landgemeinden. Die größeren Handels- und Industrie-Städte pflegen auch ihre lokale Umgebung in ihre Interessen mit hineinzuziehen.

Abg. Graf Schwerin stimmt in allen Punkten dem Hennigschen Amendum zu und verlangt namentlich die Buläßigkeit des Rechtsweges gegen die die Ausscheidung des Ministers, da die streitigen Punkte sich nur auf vermögensrechtliche Verhältnisse beziehen können.

Minister Graf Cullenburg bestreitet die Möglichkeit, in vielen Fällen den Streit über die Auseinandersetzung im Rechtswege zur Entscheidung zu bringen. Sehr häufig handelt es sich um Willigkeitsstreitigkeiten. Seite es beispielsweise die Ausführung eines Chausseeyes im Kreise, so werde man die nach der Stadt fahrende Chaussee voraussichtlich zuerst in Angriff nehmen. Wollte nun nach Vollendung derselben die Stadt plötzlich aus dem Kreisverband ausscheiden, so wäre es jedenfalls unbillig, wenn sie nicht auch einen Theil der Kosten für die übrigen projektierten Chausseen übernehme und doch habe der Richter nicht den geringsten Anhalt, ihr eine solche Verbindlichkeit aufzuerlegen. Derartige Fälle seien sehr viele denkbar.

Abg. Dr. Gneist: Durch die Trennung des Kreises im Stadt und Land, durch Trennung bisher zusammengehöriger Interessen, entziehen Sie den Kreisen die Mitwirkung der Intelligenz bei wichtigen kommunalen Aufgaben. Ich erinnere Sie nur an Schule und Polizei. Nicht minder schwachen Sie zugleich das Interesse der Landesvertretung, indem Sie Städte und Landgemeinden trennen. Das Gesamtkontingent spricht gegen diese Trennung und das Lokalinteresse nur in einzelnen Fällen dafür. Wenn die Regierung die Einwohnerzahl der Städte, die einen selbstständigen Kreis bilden können, auf 20,000 festgelegt, so ist dagegen nicht allzuviel einzuwenden: man muß aber lieber noch höher als tiefer greifen und nur für besondere lokale Verhältnisse durch ein Spezialgesetz die Trennung ermöglichen. Auf das Entscheidende muß ich nun aber auch die Möglichkeit bestreiten, die Entscheidung der ordentlichen Gerichte bei der Auseinandersetzung anzuregen. Dazu müssen die Gerichte statthabende Grundlagen, Observanzen oder Normen haben, die ihnen vollständig fehlen, nur durch die Organe der Selbstverwaltung kann eine gerichtliche Entscheidung getroffen werden. Während des Interimistums, bis die Bezirkerräthe ins Leben treten, kann sie nur der Verwaltung übertragen werden.

Abg. Lasker. Der Abg. Gneist hat den zweiten Theil unseres Antrages nicht im Sinne seiner Urheber aufgesetzt. Die Stadt, wenn sie ausscheidet, muß entweder selbst eine Grundlage für die Auseinandersetzung finden, oder die Hilfe des Ministers anrufen, damit er die Grundzüge derselben aufstelle. Der Richter soll also nicht die Grundzüge des Auseinanderseitzen, sondern nur etwaige Differenzen schlichten. Wenn die Stadt die gerichtliche Entscheidung provoziert, so muß sie natürlich die Thatachen anführen, durch welche sie beschwert zu sein glaubt; kann sie ihre Klage nicht substantiiert, so wird der Richter sie abweisen, der überhaupt nur das thun soll, was er bisher schon täglich thut. Gewiß wird die Sache für den Richter und für den Rechtsanwalt insofern schwierig sein, als viele thatächliche Momente zusammen zu stellen sind, aber das geschieht schon jetzt bei jedem Expropriationsverfahren. Wenn der Minister angerufen wird, so wird er den Entscheid doch nur auf Grund der thatächlichen Verhältnisse treffen, und nach diesen hat auch der Richter zu urtheilen. — Alle diese Fragen mögen klein erscheinen, aber wir sollen sie selten als möglich vom ordentlichen Rechtswege abweichen. Im Prinzip bin ich nicht gegen ein Schiedsgericht, leider aber findet die Schiedsgerichte bei uns in Preußen so schlecht organisiert, daß sie fast einer Rechtsverweigerung gleich kommen. Bis jetzt sind Ihre Vorschläge wegen eines Schiedsgerichts noch in dunkle Phrasologie gehüllt; wir werden uns der Prüfung dieser Frage nicht entziehen, aber für jetzt wollen wir noch festhalten an den ordentlichen Gerichten.

Der Minister des Innern: Ich verstehe weder den Antrag des Abg. Lasker, noch die Erläuterungen desselben Seitens des Abg. Lasker. Wenn eine Stadt ihren Austritt erklärt, so soll hierüber der Minister entscheiden, und zwar soll er die Grundsätze seiner Entscheidung angeben; gegen diese Grundsätze soll es jedem Beteiligten freistehen, die Gerichte anzuwerfen. Ist denn nun der Minister des Innern in diesem Falle der Verkäufer? Und wie wird denn entschieden, daß seine Grundsätze falsch sind? Der Abg. Lasker sagt: die Klage ist entweder nicht substantiiert und dann weist das Gericht sie ab, oder der Richter nimmt die Klage an und beruft sofort Sachverständige, um von ihnen zu erfahren, wie er entscheiden soll. Wozu wird da überhaupt noch das Gericht behilflich? In dem Falle hätte man gewiß besser, sich jogleich an die Sachverständigen zu wenden.

Abg. Scharnweber: Der Abg. Lasker sagt, der Richter solle keine Grundsätze angeben, sondern nur einzelne Streitigkeiten entscheiden. Über diese können doch nur entschieden werden unter Anwendung von Grundsätzen. Es werden eben die Rechtsregeln fehlen. Es handelt sich um die Auseinandersetzung von zwei öffentlichen corporativen Verbänden, die bisher einen gemeinsamen Verband bildeten; das fällt in das öffentliche Recht und es wird in den allgemeinen Landesgesetzen durchaus an einem Anhalt zur Entscheidung fehlen.

Abg. Miquel: Der hr. Minister hat mit seiner Deduktion über die Zulässigkeit von Sachverständigen gar nichts bewiesen. Alle Behörden, die entscheiden müssen, sind sehr oft in der Lage, über einzelne Gegenstände technische Sachverständige zu Hilfe zu nehmen. Hätten wir einen Verwal-

terverband ermöglichen, so würde der übrigbleibende Theil leistungsunfähig werden. Die Regelung der Auseinandersetzung im Verwaltungswege unter Zulässigkeit des Rechtsweges sei undurchführbar; es liege kein Grund vor, hier andere Bestimmungen zu treffen, als im vorigen Paragraphen über die Regulierung der Grenzen.

Abg. Miquel: Der große Andrang der Städte, um aus dem Kreisverbande auszuscheiden, legt das Nebel, unter dem wie leiden, recht klar. Wir haben stark entwickelte Stadtgemeinden, während die Landgemeinden in ihrer Entwicklung zurückgeblieben sind. Die Städte sind deshalb vollkommen im Stande, den in der Verwaltung ihnen entgegentretenen Bedürfnissen selbstständig zu entsprechen, ohne des übrigen Kreises zu bedürfen, dessen Interessen häufig ganz entgegengesetzte sind, daraus erwächst eine Schwierigkeit in dem gegenwärtigen Verhältnis, die nur durch eine Ausscheidung der Stadtgemeinde gehoben werden kann. Prinzipiell würde ich deshalb dafür sein, die Landgemeinden ganz auf sic selbst zu stellen, da wir jedoch nicht tabula rasa haben, sondern die historischen Verhältnisse berücksichtigen müssen, so will ich nicht mit einander verschmelzen gewaltsam auseinanderreissen. Die Erfahrung scheint mir dafür zu sprechen, daß die Städte von 20,000 Einwohnern vollständig genug sind, um selbstständige Verwaltungsbezirke zu bilden; schon gegenwärtig haben wir Stadtteile von weniger als 25,000 Einwohnern. Die Auseinandersetzung beim Ausscheiden einer Stadt aus dem Kreisverband darf nicht, wie im vorigen Paragraphen, von einem Akt der Gesetzgebung abhängig gemacht werden, denn sonst wird das durch die Kreisordnung ertheilte Recht vollkommen illusorisch gemacht. Aus demselben Grunde wollen wir, daß die Auseinandersetzung dem Austritt nicht vorhergehen muß, weil dadurch mindestens eine Verzögerung bis zur definitiven Entscheidung herbeigeführt werden würde. Der Vorbehalt des Rechtsweges sichert eine allen Theilen gerecht werdende Berücksichtigung der verschiedenen Interessen.

Abg. v. Hoverbed: Zur Entscheidung solcher rein privatrechtlicher Fragen bleibt es keine kompetenteren Behörde, als das Gericht. Der Wunsch so vieler Städte, aus dem Kreisverband herauszutreten, ist in der Sorge nach begründet, sich ungerechtfertigten Maßregeln der Landräthe zu entziehen. (Miseris regis.) Für diese müssen wir geeignete Schutzmittel schaffen, denn das vollständige Auseinanderreissen von Stadt- und Landgemeinden halte ich nicht für empfehlenswert. Bei größeren Städten entwickelt sich jedoch eine Sonderheit der Interessen, die ihre Selbstständigkeit geboten erscheinen läßt. Da die Zahl von 20,000 Einwohnern hierzu genügend ist, hat der Obrmann selbst zugestanden, indem er die Thatache konstatierte, daß der Stadtkreis Schivelbein nicht mehr als 19,000 Einwohner besitzt.

Abg. v. Behmann-Hollweg hält die Feststellung der Zahl auf 20,000 für eine Röderung der Gerechtigkeit; bei einer vollkommenen Prävalenz der Stadtgemeinde müßt man derselben auch entsprechende Rechte innerhalb der Vertretung bewilligen, und ein dadurch herbeigeführtes Ueberwiegen der städtischen über die ländlichen Interessen sei nicht gut. Für den Rechtsweg halte er die Auseinandersetzung nicht geeignet; es komme hier in den meisten Fällen mehr auf aequitas als auf strenges ius an. — Reg.-Kom. Persius teilt die von Bethmann-Hollweg gegen die Buläßigkeit des Rechtsweges geltend gemachten Bedenken. — Abg. Eichow: In vielen Zweigen der Verwaltung besteht die gleiche Bestimmung, die über das Provisorium der ministeriellen Anordnung den Rechtsweg offen läßt; es kommen übrigens im vorliegenden Falle nur vermögensrechtliche Fragen in Bezug. — Abg. Graf Bethmann-Hollweg vertheidigt sich gegen die partikularistische Taktik, als besteige eine Divergenz der Interessen zwischen Stadt- und Landgemeinden. Die größeren Handels- und Industrie-Städte pflegen auch ihre lokale Umgebung in ihre Interessen mit hineinzuziehen.

Abg. Graf Schwerin stimmt in allen Punkten dem Hennigschen Amendum zu und verlangt namentlich die Buläßigkeit des Rechtsweges gegen die die Ausscheidung des Ministers, da die streitigen Punkte sich nur auf vermögensrechtliche Verhältnisse beziehen können.

Minister Graf Cullenburg bestreitet die Möglichkeit, in vielen Fällen die Mitwirkung der Intelligenz bei wichtigen kommunalen Aufgaben. Ich erinnere Sie nur an Schule und Polizei. Nicht minder schwachen Sie zugleich das Interesse der Landesvertretung, indem Sie die Interessen der Städte und Landgemeinden trennen. Das Gesamtkontingent spricht gegen diese Trennung und das Lokalinteresse nur in einzelnen Fällen dafür. Wenn die Regierung die Einwohnerzahl der Städte, die einen selbstständigen

tungsgerichtshof, so würde ich die Beurtheilung des Falles seiner Entscheidung unterwerfen, aber ich kann mich nicht vertreten lassen ad calendas graecas, ich kann nicht reden von einem Verwaltungsgerichtshof, so lange ich nicht weiß, wann ich einen solchen bekommen werde. Deshalb habe ich nur die Alternative: Gericht oder Verwaltung, und da kann ich mich unzweckhaft nur für ersteres entscheiden.

Bei der Abstimmung wird Alinea 1 des § 4 nach v. Hennig, wie die Zahlung ergiebt, mit 167 gegen 145 Stimmen angenommen; (also 20,000 Einwohner, nicht 30,000 sollen eine Stadt berechtigen, für sich einen Stadtteil zu bilden). Die Polen, Gneist, die Konservativen stimmen gegen den Henningschen Antrag; dagegen wird Alinea 2 und 3 nach v. Hennig mit 172 gegen 145 Stimmen angenommen. Damit sind die Regierungsvorlage und alle Ammendements befeitigt.

Um 4 Uhr verlässt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 3. November.

— **Dr. Magener** kündigt vier Vorlesungen für Herren und Damen an. In diesen Vorträgen soll die Reibungs-Elektrolytik behandelt und mit Experimenten, ausgeführt mit den vortrefflichen Instrumenten der Realschule erläutert werden. Seit langen Jahren werden hier zum ersten Mal wieder die Ergebnisse der Naturwissenschaft auf dem genannten Gebiete in populärer Darstellung vorgeführt werden. Die erste Vorlesung findet am Sonnabend Abend in der Aula der Realschule statt.

— **Zur Berathung über die Gründung eines Musiker-Unterstützungs-Vereins** war Montag Abends 8 Uhr im Ball'schen Saale eine von etwa 30 Personen besuchte Versammlung zusammengetreten. Den Vorsitz übernahm Hr. Reg.-Rath Bitter, als Beisitzer fungirten die Hrn. Bienva und Böttcher. Es wurde auf das dringende Bedürfnis eines derartigen Vereins, dessen Gründung bereits durch den verstorbenen Musikdirektor Kambach angeregt worden war, hingewiesen, und beschlossen: einen Verein zu gründen, welcher eine Unterstützung hiesiger Musiker für den Fall einer Krankheit oder vorübergehenden Verlegenheit beweist. Zur Mitgliedschaft soll jeder in Posen lebende praktische Musiker, resp. Musikerin und außerdem jeder Musikknecht berechtigt sein, und soll jeder Musiker, welcher Mitglied ist, ein Anrecht auf Unterstützung haben. Zur Entwurfung der Statuten des Vereins wurde eine Kommission gewählt, zu deren Mitgliedern die Hrn. Bienva, Bitter, Böttcher, Jancke und Seligo ernannt wurden. Um die Zwecke des Vereins zu erreichen, wurde unter Anderem auch die Veranstaltung öffentlicher musikalischer Aufführungen als geeignetes Mittel bezeichnet.

— **Konzert.** In der nächsten Woche bringt der hiesige gemischte Gesang-Verein für geistliche Musik unter Leitung des Hrn. Schönen die Schöpfung von Haydn zur Aufführung. Dieses alte Prachtwerk, das ewig jung und frisch bleiben wird, ist seit vielen Jahren hier nicht gehörtd worden, wenn wir nicht ganz irren, fand die letzte Aufführung noch zu Seiten das vom Direktor Klinghofer statt. Es ist wohl anzunehmen, daß dieses Konzert warmes Interesse erregen wird, besonders wenn man erweigt, daß die Aufführungen des genannten Vereins in den letzten Jahren durchweg mustergültig waren und daß auch diesmal ein äußerst gewissenhaftes Studium der Werke vorausgeht. — Die Soprane Solis hat Frau Bernice Bridgeman, die jetzt in unsern Mauern weilt, gütigst übernommen. — Vorher noch haben sich für Sonnabend Abend im Sternschen Saale die Hofmusiker Herren Grimm, Stahlknecht und Spohr zu einem Konzerte angemeldigt, das die gespannten Erwartungen, die es mit Recht hervorzuheben geeignet ist, ohne Zweifel befriedigt wird. Ein Einblick in das Programm zeigt, daß man es hier mit wahrhaften Künstlern zu thun hat, die im warmen Interesse für die Kunst auch das Publikum dafür begeistern wollen.

— **Beruhigung über die Gründung von Volksküchen** fand Dienstag Abends eine zweite Versammlung statt. Es wurde ein Komitee ernannt, bestehend aus den Hrn. P. Andersch, Gutsbesitzer Buzmann, Hartwig Kantorowicz, M. Kucynski, H. Mamroth, Dr. Mateck, A. Pfizner, R. Schmidt, Dr. Szafarkiewicz. Dieses Komitee wird am Donnerstag zur Berathung über den Statuten-Entwurf sowie über die Beauftragung der Geldmittel zusammengetreten.

— **Birnbau**, 1. Nov. Bei der hiesigen evangel. Gemeinde ist seit Mitte v. M. der hiesige Prediger Sucker angestellt worden. Derselbe wird besonders an jedem 3. Sonnabend, sowie an den ersten Feiertagen in dem von hier und von Birke beinahe 2 Meilen entfernten Dorfe Radusch (Birk-Hauland) predigen und die etwaigen geistlichen Umschuldungen verrichten. — In der vorigen Woche war der Konfessorial- und Regierungs-Schulrat Hr. Jäckel aus Posen zur Revision der evangelischen Landeskirchen hier anwesend. — Am Freitag gelang es dem hiesigen Stadt-Wachtmeister Schulz einer bereits längere Zeit verfolgten und mehrfach bestraften Verbrecher, Namens Th. Gursch, aus Besitz zu verhaften. Derselbe, in einem hiesigen Schanklokal betroffen, versuchte nicht nur während des Verhörs im Polizeibureau zu entlaufen, sondern auch aus dem Arrestlokal mittelst Durchbruches des Fensters und der Mauer zu entkommen. In Folge Nequitation der Staatsanwaltschaft ist G. unter sicherer Begleitung nach Meseritz abgeführt worden.

— **C. Kempen**, 31. Okt. Unter den in vergangener Woche vor der Kriminal-Deputation des hiesigen Kreisgerichts verhandelten Fällen waren einige von allgemeinem Interesse. Bünckel eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung. Einige junge Leute vom Lande hatten nämlich auf dem Gehwege wahrscheinlich in etwas gehobener Stimmung einen vollständig Betrunkenen am Wege liegend gefunden. Nach einer hier zu Lande ziemlich verbreiteten Ansicht glaubte der eine der jungen Leute, der Spiritus brenne dem Betrunkenen im Halse. Um nun den Brand zu löschen und den Armen vor dem Verbrennen zu retten, schüttete er ihm in Erregung anderer Wassers einen Strahl warmen Wassers in den Mund. In Folge davon stark der zu Retten sofort, wie die Sektion ergab, den Erfüllungstod. Der wohlmeintende Lebensretter wurde nun wegen fahrlässiger Tötung zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt. — In zwei anderen Fällen handelte es sich um Beleidigung eines Geistlichen, des Pfarrers von Rogaszycze, in Bezug auf seinen Beruf. In der einen Sache erfolgte Freispruch, weil die Anklage wegen Beamteneidigung zu spät erhoben war, d. h. nachdem der Angeklagte, der die inkriminierten Aeußerungen auf offener Straße gehörte, von dem Einzelrichter bereits wegen Rücksicht verurtheilt worden und dies Erkenntnis rechtzeitig geworden war. In der anderen Sache wurde zwar der Angeklagte verurtheilt, aber es wurden mildernde Umstände darin gefunden, daß der Pfarrer von der Kanzel herab die Gemeinde aufgefordert hatte, bei dem einzigsten Menschen nichts arbeiten zu lassen.

— **o. Meseritz**, 31. Okt. Der im § 61 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 vorgeschriebene Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde. Angelegenheiten stellt sich unter Hervorhebung der Hauptpunkte für den hiesigen Ort wie folgt heraus: Nach der Volkszählung vom 3. Dez. 1867 betrug die Seelenzahl 5057 und befanden sich unter dieser: a) der evangelischen Landeskirche angehörig 3260, b) Altluutheraner 110, c) Romisch-katholisch 1117, d) Angehörige anderer, als den vorgenannten christlichen Religionsgemeinschaften 4, e) Israeliten 566. Gegen die Volkszählung vom 3. Dez. 1864 hat die romisch-katholische Bevölkerung um 17 Seelen zugemessen, während die Israeliten um 37 Seelen sich vergrößert haben. In dem Grundbesitz der Kommune hat sich nichts geändert; dagegen haben die Gerechtsame der Einwohner dadurch eine Einbuße erlitten, daß die zeitlich genossene Befreiung von Jahrmarktsstandgeld nach § 68 der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869 mit dem 1. Okt. c. aufgehört hat. Durch das von unserem früheren Einwohner, dem Rentier Karl Schröder und seinem Gemahlin, errichtete wechselseitige Testament sind a) 1000 Thlr. für das evangelische, b) 400 Thlr. für das katholische und c) 400 Thlr. für das jüdische Hospital hier ausgezahlt, doch erfolgt die Zahlung der Legate erst 2 Monate nach dem Ableben der Bew. Schröder. Die Binsen dieser Legate sollen zum Besten der betreffenden Hospitäler und den Hospitalitäten verwendet werden. — Der Stadthaushaltsetat pro 1869 ist in Ausgabe um 143 Thlr. gegen das Vorjahr höher, balancirt mit 8843 Thlr. in Einnahme und Ausgabe, was nur allein dadurch erreicht ist, daß runde 91 Thlr. bei den unvorhergesehenen Ausgaben weniger zur Sollausgabe gestellt wurden als pro 1868. Das elstähnliche Soll dieser Ausgabe, welches auf ca. 24 Thlr. angenommen ist, wird um mehr als das Dreifache überschritten werden, da die Kämmerer-Kasse nicht unbedeutende Kosten für die Krankenpflege jüdischer Armen unsres Ortes dem Armenfonds in Berlin Jahr aus Jahr ein zu erstatte hat.

Der Stadthaushaltsetat wird aber vorzugsweise von Jahr zu Jahr mit größeren Kosten für die Provinzial-Institute, Chausseen und für den Kreis-Kommunalfonds belastet; denn während die Kosten im J. 1868 2200 Thlr. betrugen, belaufen sich dieselben pro 1869 auf 2533 Thlr. Es ist höheren Orts mißliebig bemerkbar worden, daß zur Unterhaltung der Volksschulen Seitens der Kommune nicht höhere Mittel verwendet und andere Fonds, wie z. B. der Volmersche Armenfonds, mit in Anspruch genommen werden. Dieser Mangel entspringt aus den unzulänglichen Mitteln, da selbst bei der überaus hoch angemessenen Steuerkraft der Einwohner mit 200 Proz. Bußschlägen zur Klasse- und klassifizierten Einkommensteuer und einem Bußschlag von 33½ Proz. zur Grund- und Gebäudesteuer die notwendigsten Ausgaben stets auf ein Minimum eingeschränkt werden, und selbst dringende Ausgaben, wie beispielsweise die Instandhaltung der städtischen Gebäude und des Straßenpflasters, von Jahr zu Jahr zurückgedrängt werden müssen. — Mit der neuerdings bewilligten Ausgabe von 180 Thlr. für einen neu anzustellenden dritten katholischen Lehrer sind die aus Kommunalmitteln herzugebenden Kosten für die Volksschulen auf 1240 Thlr. gestiegen, und tritt der Bußschlag für das Gymnasium mit 1200 Thlr. hinzu. Diese 2400 Thlr. abschönen nahezu den dritten Theil der oben gedachten Bußschläge zu den Staatssteuern und wird damit wenigstens der Beweis geliefert, daß die Kommune für die Unterrichtsanstalten das thut, was bei Anspannung aller Kräfte möglich ist. Der Unterhalt der christlichen Volksschulen, von denen nur die evangelische Stadtschule einen Bußschlag aus dem Volmerschen Armenfonds und nicht unbedeutende Bußschüsse aus der Kirchenkasse erhält, betrug pro 1868 2240 Thlr.; aus der Kirchenkasse wurde zur Aufbesserung der städtischen Gebäude und des Straßenpflasters, von Jahr zu Jahr zurückgedrängt werden müssen. —

Mit der neuerdings bewilligten Ausgabe von 180 Thlr. für einen neu anzustellenden dritten katholischen Lehrer sind die aus Kommunalmitteln herzugebenden Kosten für die Volksschulen auf 1240 Thlr. gestiegen, und tritt der Bußschlag für das Gymnasium mit 1200 Thlr. hinzu. Diese 2400 Thlr. abschönen nahezu den dritten Theil der oben gedachten Bußschläge zu den Staatssteuern und wird damit wenigstens der Beweis geliefert, daß die Kommune für die Unterrichtsanstalten das thut, was bei Anspannung aller Kräfte möglich ist. Der Unterhalt der christlichen Volksschulen, von denen nur die evangelische Stadtschule einen Bußschlag aus dem Volmerschen Armenfonds und nicht unbedeutende Bußschüsse aus der Kirchenkasse erhält, betrug pro 1868 2240 Thlr.; aus der Kirchenkasse wurde zur Aufbesserung der städtischen Gebäude und des Straßenpflasters, von Jahr zu Jahr zurückgedrängt werden müssen. —

Mit der neuerdings bewilligten Ausgabe von 180 Thlr. für einen neu anzustellenden dritten katholischen Lehrer sind die aus Kommunalmitteln herzugebenden Kosten für die Volksschulen auf 1240 Thlr. gestiegen, und tritt der Bußschlag für das Gymnasium mit 1200 Thlr. hinzu. Diese 2400 Thlr. abschönen nahezu den dritten Theil der oben gedachten Bußschläge zu den Staatssteuern und wird damit wenigstens der Beweis geliefert, daß die Kommune für die Unterrichtsanstalten das thut, was bei Anspannung aller Kräfte möglich ist. Der Unterhalt der christlichen Volksschulen, von denen nur die evangelische Stadtschule einen Bußschlag aus dem Volmerschen Armenfonds und nicht unbedeutende Bußschüsse aus der Kirchenkasse erhält, betrug pro 1868 2240 Thlr.; aus der Kirchenkasse wurde zur Aufbesserung der städtischen Gebäude und des Straßenpflasters, von Jahr zu Jahr zurückgedrängt werden müssen. —

Mit der neuerdings bewilligten Ausgabe von 180 Thlr. für einen neu anzustellenden dritten katholischen Lehrer sind die aus Kommunalmitteln herzugebenden Kosten für die Volksschulen auf 1240 Thlr. gestiegen, und tritt der Bußschlag für das Gymnasium mit 1200 Thlr. hinzu. Diese 2400 Thlr. abschönen nahezu den dritten Theil der oben gedachten Bußschläge zu den Staatssteuern und wird damit wenigstens der Beweis geliefert, daß die Kommune für die Unterrichtsanstalten das thut, was bei Anspannung aller Kräfte möglich ist. Der Unterhalt der christlichen Volksschulen, von denen nur die evangelische Stadtschule einen Bußschlag aus dem Volmerschen Armenfonds und nicht unbedeutende Bußschüsse aus der Kirchenkasse erhält, betrug pro 1868 2240 Thlr.; aus der Kirchenkasse wurde zur Aufbesserung der städtischen Gebäude und des Straßenpflasters, von Jahr zu Jahr zurückgedrängt werden müssen. —

Mit der neuerdings bewilligten Ausgabe von 180 Thlr. für einen neu anzustellenden dritten katholischen Lehrer sind die aus Kommunalmitteln herzugebenden Kosten für die Volksschulen auf 1240 Thlr. gestiegen, und tritt der Bußschlag für das Gymnasium mit 1200 Thlr. hinzu. Diese 2400 Thlr. abschönen nahezu den dritten Theil der oben gedachten Bußschläge zu den Staatssteuern und wird damit wenigstens der Beweis geliefert, daß die Kommune für die Unterrichtsanstalten das thut, was bei Anspannung aller Kräfte möglich ist. Der Unterhalt der christlichen Volksschulen, von denen nur die evangelische Stadtschule einen Bußschlag aus dem Volmerschen Armenfonds und nicht unbedeutende Bußschüsse aus der Kirchenkasse erhält, betrug pro 1868 2240 Thlr.; aus der Kirchenkasse wurde zur Aufbesserung der städtischen Gebäude und des Straßenpflasters, von Jahr zu Jahr zurückgedrängt werden müssen. —

Mit der neuerdings bewilligten Ausgabe von 180 Thlr. für einen neu anzustellenden dritten katholischen Lehrer sind die aus Kommunalmitteln herzugebenden Kosten für die Volksschulen auf 1240 Thlr. gestiegen, und tritt der Bußschlag für das Gymnasium mit 1200 Thlr. hinzu. Diese 2400 Thlr. abschönen nahezu den dritten Theil der oben gedachten Bußschläge zu den Staatssteuern und wird damit wenigstens der Beweis geliefert, daß die Kommune für die Unterrichtsanstalten das thut, was bei Anspannung aller Kräfte möglich ist. Der Unterhalt der christlichen Volksschulen, von denen nur die evangelische Stadtschule einen Bußschlag aus dem Volmerschen Armenfonds und nicht unbedeutende Bußschüsse aus der Kirchenkasse erhält, betrug pro 1868 2240 Thlr.; aus der Kirchenkasse wurde zur Aufbesserung der städtischen Gebäude und des Straßenpflasters, von Jahr zu Jahr zurückgedrängt werden müssen. —

Mit der neuerdings bewilligten Ausgabe von 180 Thlr. für einen neu anzustellenden dritten katholischen Lehrer sind die aus Kommunalmitteln herzugebenden Kosten für die Volksschulen auf 1240 Thlr. gestiegen, und tritt der Bußschlag für das Gymnasium mit 1200 Thlr. hinzu. Diese 2400 Thlr. abschönen nahezu den dritten Theil der oben gedachten Bußschläge zu den Staatssteuern und wird damit wenigstens der Beweis geliefert, daß die Kommune für die Unterrichtsanstalten das thut, was bei Anspannung aller Kräfte möglich ist. Der Unterhalt der christlichen Volksschulen, von denen nur die evangelische Stadtschule einen Bußschlag aus dem Volmerschen Armenfonds und nicht unbedeutende Bußschüsse aus der Kirchenkasse erhält, betrug pro 1868 2240 Thlr.; aus der Kirchenkasse wurde zur Aufbesserung der städtischen Gebäude und des Straßenpflasters, von Jahr zu Jahr zurückgedrängt werden müssen. —

Mit der neuerdings bewilligten Ausgabe von 180 Thlr. für einen neu anzustellenden dritten katholischen Lehrer sind die aus Kommunalmitteln herzugebenden Kosten für die Volksschulen auf 1240 Thlr. gestiegen, und tritt der Bußschlag für das Gymnasium mit 1200 Thlr. hinzu. Diese 2400 Thlr. abschönen nahezu den dritten Theil der oben gedachten Bußschläge zu den Staatssteuern und wird damit wenigstens der Beweis geliefert, daß die Kommune für die Unterrichtsanstalten das thut, was bei Anspannung aller Kräfte möglich ist. Der Unterhalt der christlichen Volksschulen, von denen nur die evangelische Stadtschule einen Bußschlag aus dem Volmerschen Armenfonds und nicht unbedeutende Bußschüsse aus der Kirchenkasse erhält, betrug pro 1868 2240 Thlr.; aus der Kirchenkasse wurde zur Aufbesserung der städtischen Gebäude und des Straßenpflasters, von Jahr zu Jahr zurückgedrängt werden müssen. —

lichen Thätigkeit in die Furchen der Zeit ausgestreuten Samenkörner, edlen Gemeinsames und wahrhaft deutscher Gesinnung werden noch in spätester Zukunft reifen und Früchte tragen. — Von den im Stadthaushaltsetat pro 1869 ausgeworfenen 100,000 Thlr. zur Aufbesserung der Lehrergehalte sind dem hiesigen Kreise 305 Thlr. überwiesen worden. Davon haben vier Stadt- und achtzehn Landlehrer eine Unterstützung von 10 — 15 Thlr. aufs Jahr erhalten. Das Einkommen der letzteren ist dadurch neben freier Wohnung und Bremholz auf 150 Thlr. erhöht worden. Da aber die meisten Landlehrer in unserer Gegend sich bis jetzt noch nicht im Genuss dieses normalmäßigen Einkommens befinden, so sind jetzt die Distriktskommissarien im höheren Auftrage bemüht, die Schulgemeinden im Wege der freien Vereinbarung zu veranlassen, den erforderlichen Zufluss zu gewähren. Wie wir aber hören, sollen bis jetzt ihre Bemühungen erfolglos geblieben sein. —

— **e. Bromberg**, 1. Nov. Der Haushalt. Entwurf der hiesigen Stadt für das Jahr 1870, welcher gegenwärtig öffentlich ausgelegt ist, schließt in Einnahme und Ausgabe ab auf 121,000 Thlr., und erfordert eine direkte Kommunalsteuer von 68,312 Thlr. 2 Sgr. 8 Pf., also gegen das Vorjahr 7629 Thlr. 4 Sgr. 1 Pf. mehr. Hervorzuheben bleibt, daß allein zu Kreismunalbewerben 12,600 Thlr. — gegen das Vorjahr 4330 Thlr. 22 Sgr. mehr — veranlagt sind. Der Kommunalsteuer-Mehrbedarf mußte, falls der Entwurf Seitens der Stadtverordneten-Behörde eingetragen, die Annahme finden sollte, da die Beamten bereits die vorher gesetzlich zulässigen Prozentsätze entrichten, die anderen direkt veranlagten Ortsbewohner aufzwingen und würde sonst der auf ihr Einkommen zu legende Steuersatz statt der pro 1869 gezahlten 4 Prozent etwas mehr als 4½ Prozent betragen. — Die von unten Kommunalbehörden beschlossene Petition in Betreff des Kreisordnungs-Entwurfes ist an das Abgeordnetenhaus abgegangen. Möchte die Absicht, es unserer Stadt möglich zu machen, einen eigenen Stadtteil bilden zu können, erreicht werden, denn die Last, welche wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen für Kreiswerte zu tragen haben, ist, wie die oben angeführten Zahlen ergeben, in der That groß. — Im hiesigen Kreise hat nach den landräthlichen Kreisblatt-Befehlsmachungen die Maul- und Klauenseuche unter dem Kindvieh immer noch nicht zu herrschen aufgehört.

— **Gnesen**, 1. Nov. Vor 25 Jahren ist von einem hier verstorbenen reichen Gutsbesitzer, Namens Jesche, ein Kapital von 400 Thlr. als Vermächtnis der hiesigen evangelischen Kirche zu dem Zwecke hinterlassen worden, eine Thurmuhre darin anzustellen. Der frühere Superintendent Sydow soll jedoch der Herstellung dieses Uhrwerkes stets abhold gewesen sein, weil der Stundensteg vom Thurm für die Andacht eine Störung herbeiführte und insbesondere bei den geringen Einkünften, welche die Kirche besitzt, auch die fortwährende Instandhaltung und Besorgung der Uhr nicht ausführbar sein würde. So ist denn das am Thurm figurirende große Sifferblatt ¼ Jahrhundert lang nur bloßes Ausabhängschild geblieben, dabei aber doch auch durch die Binsen eine zweite Kapitalsumme anzusammeln möglich gewesen, um den Kostenpunkt hinreichend zu erleichtern. Wenngleich nun der Kirchenrat offiziell erinnert und seit der Predigerstelle neu bestellt ist, darauf aufmerksam gemacht worden sein soll, daß diese für die Kirchengemeinde und Stadt Gnesen so ehrenwerthe Stiftung endlich ihre Erfüllung verdiene, so sind noch immer keine Anstalten getroffen, das ländliche Vermächtnis zu realisieren. — Der Bau einer Kaserne bei der Stadt Gnesen, unmittelbar neben dem Exerzierplatz lädt sich nun doch für bestimmt erwarten, da bereits 6 Morgen Terrain dazu von der hiesigen Stadtgemeinde dem Militärfiskus durch notarielle Verreibung mit dem ausdrücklichen Vorbehalt übertragen worden sind, daß innerhalb 5 Jahren der Bau vor sich gehen muß, widergesetzt der Platz als Eigentum der Stadt zurückgenommen wird. Ob jedoch durch den Kasernenbau für die Eigentümer in der Stadt hinsichtlich der Quartierlast eine Erleichterung eintritt, steht noch sehr in Frage, weil die Räumlichkeiten der Kaserne, wie sie heißt, nur für ein Bataillon bestimmt sind und zu den beiden hier jetzt garnisonirenden Bataillonen alsdann noch ein drittes hierher verlegt wird. Der dem Militärfiskus abgetretene Platz hat mindestens einen Wert von 900 bis 1000 Thlr. und ist derselbe von der Stadt unentgeltlich überlassen worden.

— **N. W. von der Netze**. Neuerdings wurde in Gilehne der ehemalige Eigentümer Schnell aus Klempic, späterhin in Luban bei Czarnikau wohnhaft, wegen vermutlichen Diebstahls zur Haft gebracht. Als er eine Stunde später vernommen werden sollte, fand man ihn tot an seinem Ledergurte hängend. Nachträglich angestellte Recherchen haben ergeben, daß man es mit einem ausgefeilten und bereits mehrfach bestrafen lieb zu thun gehabt. — Unter den legtens nach Gilehne zur Kontrollversammlung beordert gewesenen Mannschaften aus Kosko und Wreschin brach eine bedeutende Schlägerei aus, die mit vielen blutigen Köpfen endete. Einem Polizeibeamten wurde bei dieser Gelegenheit der Rock zerrissen und der gekugelte Säbel in Stück gebrochen.

<p

nur eine Stelle des schärfsten Sehens, den gelben Punkt, während diejenige Stelle, an welcher der Schmerz in den Augapfel eintritt, gar nicht sieht. Man findet diesen „blinden Punkt“ am besten, indem man auf ein weißes Papier ein Kreuz und rechts und links davon in einer Entfernung von $\frac{1}{2}$ Zoll zwei Punkte hinzeichnet, und nun in einer Entfernung von etwa 7 Zoll mit dem einen Auge, während das andere geschlossen wird, schafft den einen Punkt sichtbar; man sieht also dann wohl den zweiten Punkt schimmern, an der Stelle des Kreuzes dagegen bemerkt man nur die weiße Papierfläche. In einem zweiten Vortrage sollen die Erscheinungen des körperlichen und räumlichen Sehens erläutert werden. — Der Vorsitzende des Vereins, Hr. Siegler, teilte darauf mit, daß sich bis jetzt zur Theilnahme an dem Kränzchen, welches veranstaltet werden soll, nur 20 Mitglieder unterzeichnet haben, daß aber nur bei einer Theilnahme von 40 Mitgliedern dasselbe stattfinden werde. Alsdann machte Hr. Sonntag im Namen der zur Ordnung der Bibliothek ernannten Kommission die Mittheilung, daß im Ganzen 72 Bücher fehlen; dieselben sollen, soweit es wünschenswerth erscheint, ergänzt werden.

Zur Wartheregulirung.

Vom Minister des Innern ist bekanntlich von der Posener Handelskammer ein Gutachten eingefordert worden über die Frage, welche Hebung des auf der Warthe vorhandenen Schiff- und Floßverkehrs nach erfolgter Herstellung einer überall gleichen, der Natur des Stromes entsprechenden Fahrtiefe zu erwarten sei. Unseren bei Gelegenheit der Berichterstattung über die Handelskammerstzung ausgesprochenen Wunsch, das Gutachten zur Veröffentlichung zu erhalten, ist, nachdem dasselbe an den Minister abgegangen, freundlich entprochen, und wir teilen nun das Schriftstück, welches ebenso sehr gründliche Sachkenntniß wie gediegene Darstellung aufweist, hier mit. Es lautet:

In irgend welcher genaueren Bezeichnung die uns gestellte Frage zu beantworten, verbietet sich um so mehr, als die allgemeinste Grundlage hierfür, die einfache ordnungsmäßige Zusammenstellung der Jahr für Jahr auf der Warthe sich bewegenden Transportfahne und eine auch nur ganz allgemeine Angabe über die von denselben geführten Objekte und Gewichtsmengen fehlt, und selbst für den Floßverkehr nur lüdenhafte Nachrichten vorhanden sind. Unsere eigenen Bemühungen, Feststellungen in diesem Verhältnis durch die Brückenaufseher bei Neustadt a. W., Dobrik u. s. w. zu erzielen, sind leider trotz der darauf gewandten Kosten mißlungen. Es mangelt also bei der anzulegenden Wahrscheinlichkeitsrechnung an den erforderlichen Elementarziffern und das, was wir demnach heute mitgeteilen im Stande sind, bewegt sich innerhalb der Wahrnehmungen, die wir über Umfang, Gang und Natur des Warthereverkehrs während eines langen Zeitraums in den Kreisen unserer vertraulichen Wissensamkeit haben können und im Hinwissen auf dasjenige, was anderwärts durch verbesserte Flußeinrichtungen mit Dauer verbürgendem Erfolg erzielt worden ist, sowie in Darlegung der besonders drängenden Umstände, welche eine sachgemäße und in möglichster Frist zu Ende gelangende Korrigierung des Wartherebettes als unumgänglich nothwendig erscheinen lassen. Der Warthe ist naturgemäß die Aufgabe zugesunken,

- 1) als die zentrale Wasserader der Provinz Posen,
 - 2) als ein mit seinem Ursprungslauf erheblich in das Königreich Polen eingreifender, sowie
 - 3) als direkt in die untere Oder und vermittelst derselben in das System der Elbe hinüberleitender Fluß.
- den Verkehr an Boden- und Forstprodukten, Erzeugnissen der Viehzucht, landwirtschaftlichen und Forstfabrikaten, Erdölen, Dungstoffen, Kalk, Kohlen, Gegenständen des Lehm- und Thonbrandbetriebs, Lumpen u. s. w. im Binnenvorkehr sowohl, wie demnächst im Austausch gegen Kolonial-, Farbe- und Sämereiwaren, Eisen, Heringe, Wein, Oele, Wolle und Baumwolle
- 1) für ein von einer verhältnismäßig weiten Peripherie umfaßtes Gebiet in sich aufzunehmen, und zwar gleichzeitig dies erfahrungsmäßig
 - 2) so, daß ein im Verhältnis zu der schiffbaren Gesamtlänge des Flusses sehr günstiger Prozentsatz dieser Länge von den sämtlichen auf ihm sich bewegenden Fahrzeugen durchmessen wird;
 - 3) gehört der erhebliche Theil dieser schiffbaren Gesamtlänge der Provinz Posen an.

In dieser ihrer Bedeutung ist die Warthe, ordnungsmäßig verbessert und in Stand gehalten, nicht in Gefahr, durch die gegenwärtig vorhandenen oder die später noch zu bauenden Eisenbahnen in Nachtheil versetzt zu werden. Die Besorgniß, daß Eisenbahnen den Verkehr der Flüsselahm zu legen im Stande sind, hat sich vielmehr längst überall da als unbegründet erwiesen, wo man an die rationelle Pflege der Wasserläufe mit derjenigen Sorgfalt herangegangen war, wie sie diese, gewissen inneren Lebensbedingungen unterworfenen und durch erkennbare Gesetze bestimmten altesten, von der schaffenden Natur freiwillig gehörten, kaum zerstörbare Pulsadern des Verkehrs erfordern. Heutzutage ist man zu der Erkenntniß gelangt, daß, richtig behandelt, Fluß, Land- und Eisenstraßen berufen sind, die Verkehrsmengen, welche die so potenzierte, wirtschaftliche, industrielle und Handels-Tätigkeit unseres Beitalters zu Tage bringt, in geeigneter Weise und unter Berücksichtigung der jeder dieser Fortbewegungsbahnen gemäß ihrem Wesen gestellten besonderen Aufgaben in Förderung zu setzen. So blüht beispielweise am Ober- und Mittel-Rhein der Flußverkehr mehr, als je, trotzdem er eine Konkurrenz mit zwei Parallelbahnen zu bestehen hat, die von Basel bis Köln sein rechtes und linkes Ufer an einzelnen Stellen förmlich eindämmen und dem Strome den Boden, auf dem ihre Schienen liegen, geradezu abgerungen haben. Dafür erfreut sich aber der Fluß einer wirthlichen Pflege und eines mit solcher Qualität ineinander greifenden Bau- und Instandhaltungsdienstes, daß diese Fürsorge nahezu eine mustergültige genannt zu werden verdient. Die Sorgfalt, mit der die Wesen behandelt wird, hat dem Flußgewerbe auf derselben neuerdings Vorschub geleistet; auf der mittleren und unteren Elbe konkurriert die Schiffsahrt noch heute mit Erfolg gegen die seit länger, als 20 Jahren im Betrieb befindliche Magdeburg-Wittenberger Eisenbahn, obwohl die letztere derartig gelegt und mit Tarifen wie Betriebsseinrichtungen so ausgestattet worden ist, daß ihr die Wassertransport-Objekte zugallen sollten, und ungeachtet in Bezug auf die Elbe aus bekannten Ursachen der Strombaudienst die volle Übereinstimmung in leitenden Prinzipien und Maßnahmen noch vermissen läßt, aus Frankreich gelangt die Aufbesserung der Schiffsverhältnisse zur Konstanz, die auf der Mosel, der Maas, dem Seinesystem, dem mittleren und unteren Wasserlauf der Loire und der Garonne, so wie den unteren Rhone sich stark bemerklich macht; die traditionelle Pflege der Wasserwege in Großbritannien hat es zu Wege gebracht, daß ungeachtet der riesig zunehmenden Eisenbahnsträßen der Fluß- und Kanalverkehr steigt und die in ihm beschäftigte Einwohnerzahl in der Summe begrenzt ist.

Die Voraussetzungen für eine dauernde und starke Benutzung des Flusses sind, was die Warthe nach geschehener Korrigierung betrifft, um so günstiger, als die Erzeugnisse der Provinz Pol. und Polens im großen Ganzen, soweit sie dem geographischen Bereich des Flusses angehören, für den Betrieb auf demselben bestimmt sind, indem

- 1) der in Hözern sich darstellende Transport von Rundhölzern, quadratischen Hölzern, Eisenbahnschwellen und sonstigen Nutzhölzern ihm jeder Konkurrenz gegenüber verbleibt,
- 2) ihm ebenso verblebt von allen anderen Holz- und Forstprodukten und zwar selbst dann, wenn neue Eisenbahnen dem Fluß parallel angelegt werden sollten, so weit es nicht um das Verfahren auf ganz kurzen Strecken sich handeln würde;
- 3) der überaus wichtige Engrosverkehr von Getreide jeder Art und sonstigen Bodenproduktien, sowie Spiritus, ferner Erdölen, Dungmittel, Lumpen, Gräsern, Heu u. s. w. mit Erfolg zu Wasser jede Konkurrenz mit dem Transportieren über Eisenbahnen aufnehmen kann.

In Bezug auf diesen Punkt ad 3 bemerken wir speziell, daß wohl die Hälfte nicht selten sind, wo eine rasch eintretende Absatzkonjunktur und die dadurch geschaffene Nothwendigkeit, möglichst schnell in die Konsumtionsgegend zu gelangen, es bedingt, das Gut per Bahn zu verfrachten. Ein solches Verhältnis ist aber die Ausnahme und bildet keineswegs die Regel. Im Wesen des Getreide- und Spiritusgeschäfts liegt es, daß die während des Winters für den Versand gebildeten Bestände im Frühjahr in Transport gesetzt werden; der größte Theil der Unternehmungen erster und zweiter Hand ist auf diesen Betrieb bereit. Nehmen wir die Bracht für den Wispel Roggen bei normalem

Bestand nach Stettin auf 2 Thlr., nach Berlin auf 3 Thlr. und en je $\frac{1}{2}$ Thlr. höher, nach Hamburg ferner für Weizen auf

4 Thlr. 10 Sgr., für Spiritus pro 100 Quart à 80 p.C. (8000 p.C.) incl. Mank-Bonifikation nach Stettin auf 10 Sgr., nach Berlin 12 Sgr., nach Magdeburg 16 Sgr., nach Hamburg 18 Sgr. an, so sind diese Brachten, die erheblich niedriger als die per Bahn selbst dann noch bleiben, wenn der gegenwärtige Eisenbahn-Tarif die so lange erstrebt Reduzierung erfahren haben sollte. Einige sehr berücksichtigenswerthe Umstände kommen aber noch hinzu, den Bluttransports konzentrieren zu machen. Die Bahn-An- und Abfuhr ist erheblich kostspieliger als die an und vom Kahn, die Kahn-Ein- und Ausladungen können ohne die vielfachen Hindernisse und Weiterungen vor sich gehen, die das Selbstbeladen und Abladen der Waggons mit sich bringt; die Sicherung des Gutes vor Entwendung und Verderben ist dadurch eine größere, daß die Qualität und Menge der empfangenen Ware vom Kahnführer für die Ausladung verbürgt wird und es ist zu Gunsten der Verwertung der Ware, daß am Empfangsorte der Kahn in gesicherte Ortslage usamemäßig eine Zeit vom acht bis zwölf Tagen auf Orde zum Ausladen zu warten hat, während Bahngüter binnen 24 Stunden zur Wegschaffung aus den Waggons gelangen müssen. Als überaus wichtiger und berücksichtigenswerther Umstand tritt aber noch hinzu, daß gegenwärtig die Verladung der obengenannten Objekte fast allgemein derartig erfolgt, daß die Kahne zur Disposition des Verladers an der betreffenden Einladestelle vom Herbst bis zum beginnenden Frühjahr bereit liegen, und Lester den ganzen Winter hindurch nach Bequemlichkeit und je nachdem es sein Interesse mit sich bringt, das Fahrzeug befußt Einladung des Gutes verwendet. Der Kahn stellt demnach während der betreffenden Zeitdauer einen unentgeltlich zu benutzenden Speicher Raum dar und es kommen hiermit auch endlich die Kosten in Begfall, die durch das Fahren zum und vom Speicher entstehen.

4) für Kohlen, Gegenstände das Lehm- und Thonbrandbetriebes, Kolonialwaren, Sämereiwaren, Salz, Boike, Heringe, Wein, Oele, Eisen, und theilweise rohe Wolle und Baumwolle die Fahrkonkurrenz ermöglicht und

5) der Binnenvorkehr auf der Warthe in Brennhölzern, Mauer- und Dachziegeln, Steinen, Kalk, geringer Bauholz, Brettern und Latten, Dungstoffen, Kohlen, der zum großen Nachteil vieler Betriebsbranchen der Provinz während der Sommermonate durch das niedrige Fahrwasser geradezu brach liegt, wieder hergestellt wird.

Eine uns vorliegende, auch zur Veröffentlichung gelangte statistische Notiz, der wir Glaubwürdigkeit beizumessen berechtigt sind, weist für den Zeitraum von Anfang Mai 1868 bis Ende April 1869 als die große Schleuse bei Posen stroman passend, mit Ladung 839, ohne Ladung 279, zusammen 1118 Schiffsahzeuge nach, während die Anzahl der Stromabwärts mit Ladung passierenden Kahne 892 und der ohne Ladung passierenden 226, deren Gesamtzahl also ebenfalls 1118 betrug; außerdem kamen in der Stadt Posen noch eine Anzahl anderer Kahne an, welche hier Ladung abgegeben haben, ohne ihren Weg durch die große Schleuse zu nehmen. Es hat demnach die Anzahl sämtlicher, die Warthe bei Posenstroman- und Stromabwärts im Verlaufe dieses durch Wasserstand und die sonstigen Verkehrsverhältnisse die Stromschaft durchaus nicht begünstigenden Jahres ziemlich 3000 betragen, von welchen etwa 2300 mit, und 700 ohne Ladung waren. Wir find nach unseren Wahrnehmungen berechtigt, mindestens fernere 2000 Kahne in Anfahrt zu bringen, welche, ohne die Stadt Posen zu berühren, im Warthereverkehr der Provinz thätig waren. Rechnen wir bei gesichertem Wartherefahrt die Zahl von 3000 Kahnen zu, die unter Berücksichtigung eines Durchschnittes der in besserer Produktionsjahren und guten Wasserstandsverhältnissen betrachteten Fahrzeuge ohne Bedenken in Anschlag zu bringen sind, so stellen diese zusammen 8000 Kahne pro Jahr, der Verbrauch eines Kahnes nur mit 1500 Bunteln berechnet, — Getreide- und Spiritusladungen umfassen eine viel größere Buntnerzahl — eine Transportbewegung von 12,000,000 Buntinern, pro befahrene Flugmeile und angenommen, daß der Kahn nur 18 Flugmeilen mit Ladung fährt, was niedrig gegriffen ist, 144,000 Gesamt-fahrmile dar. Kalkulirt man den Wert einer Ladung durchschnittlich auf nur 1500 Thlr., so beziffert sich der Betrag auf 12,000,000 Thlr. Hierzu tritt ein Flößereiverkehr mit ca. 700,000 Thlr. und es ergiebt sich für den Warthereverkehr in der Provinz ein Normalwert von jährlich 12,700,000 Thlr.

Die Regulirung der Warthe wird daher auch vortheilhaft in das sehr dardinerliegende Stromschaftsgewerbe der hiesigen Provinz eingreifen und einer großen Anzahl von Personen wieder aufzuhelfen, die durch den Verfall der Schiffsahrt in ihrem Vermögen zurückgekommen und theilweise an den Bettelstab gelangt sind. Es gehören hierzu nicht bloß die Kahnbesitzer, deren Steuerleute und sonstige Gehilfen, sondern Arbeiter der verschiedensten Art, Fuhrleute und endlich dientigen Gewerbsbesitzer, welche früher dem hierelbst mit Erfolg betriebenen Kahnbau obgelegen haben.

Die Regulirung der Warthe ist aber nicht bloß eine gerechte Forderung des Handelsstandes und der betreffenden Gewerbe, sondern sie berührt die Interessen der gesamten Landeswohlfahrt in hohem Maße. Je erleichterter für unsere immer noch im Erwerbsverkehr zurückgebliebenen Provinz die Zugänglichkeit sowohl, als die Gelegenheit, ihre Bedürfnisse zu bestehen und ihre Produkte zu verwerthen, ist, um so eher steigert sich gleichzeitig mit dem Bodenwert vor Allem der Acker und die Bodenkultur, die ja unter den sonstigen hierfür bei uns sehr günstig gegebenen Voraussetzungen eine hohe Stufe einzunehmen berufen erscheint. Wir sprechen es aus, daß diese hochwichtigen Interessen durch die immer mehr eingerissenen Nebenländer der Schiffsahrt empfindliche Einbuße erlitten haben.

Auch für die Landeskultur im Allgemeinen ist es durchaus nicht gleichgültig, wenn der Hauptfluß der Provinz eine schnelle, sorgfältige, ausreichende Korrigierung und Verbesserung seines Fahrwassers erfährt. Die topische Konfiguration unserer Provinz, die vielseitig in ihr vorkommenden unbestimmten Wasserscheiden, die Bifurkationen und Trifurkationen im mittleren und westlichen Theil des Großherzogthums und die in ihnen seit Jahren vorgenommenen Regulirungsarbeiten werden eine erhebliche Sicherung erfahren, wenn das für sie geschaffene Hauptstrom dasjenige Wasserreservoir darstellen wird, welches zu sein es von der Natur bestimmt ist.

Wir wollen endlich nicht unterlassen, auf die von berufener Seite mehrfach hervorgehobene Bedeutung hinzuweisen, welche der Aufbesserung des Wartherefahrtswassers für militärische und die Zwecke der Landesverteidigung, insbesondere unter Berücksichtigung der strategischen Stellung der Festung Posen, zugemessen ist. Als ein nur untergeordnetes Interesse in dieser Beziehung darf bezeichnet werden, daß bei gutem Wasserstande der Fluß sehr erheblich für Förderung artilleristischen und Festungsmaterials jeder Art, ferner für Objekte der Militär-Magazin- und Verpflegungs-Verwaltung benutzt wird. Die regulirte Warthe wird nicht eine Schwäche, sondern eine neue Stütze für ihren Verkehr ebenso in den zunehmenden Chauffen finden, welche auf sie münden, wie auch in neuen Eisenbahnen. Die Voraussetzung, von der wir bei dieser Erörterung ausgehen, bleibt aber die, daß die Arbeiten zur Regulirung des Flusses nicht in vereinzelten Versuchen sich darstellen, oder in lückenhaften, auf eine lange Zeitdauer sich vertheilende, nicht selten einander widersprechende Maßnahmen sich aufzulösen, sondern daß die Sicherung eines bestimmten, möglichst tiefen Fahrwassers durch eine schleunige, systematische und einheitliche Bauvornahme eine volle Wahrheit werde, wie ferner, daß vertragsmäßig dafür Sorge getragen wird, daß die Aufbesserung des Wasserlaufs in Polen und die wirthliche Pflege desselben, ebenso wie die gleichzeitige Regulirung des Laufes der unteren Prosa zur Ausführung gelange, daß endlich die Störungen, welche die Wartherefahrt in Polen durch Flußzölle und sonstige fiskalische Hemmnisse erfährt, wegfallen. In Bezug auf dieses letztere Verhältnis, wie auf die Bustände des Flusses auf polnischem Territorium erlauben wir uns auf unsere gedruckten Jahresberichte und speziell auf den jüngsten, pro 1868, zu verweisen.

Schließlich sehen wir ganz ergeben zu erwähnen uns veranlaßt, daß in einem Protokolle der in Bromberg am 3. Februar d. J. versammelten „Kommission des Vereins der vereinigten Schiffer“, welches, wie wir hören, auch zu Hochdeutschen Alten in Abdruck gelangt ist, eine Namhaftmachung der die Stromschaft auf dem Posenschen Theil der Warthe schädigenden Mängel und Hindernisse sich befindet. Wie dürfen voraussetzen, daß diesen von eben so erfahrenen, als an der Sache ernst beteiligten Stelle in Bezug auf die Regulirung gemachten Vorschläge angemessene Berücksichtigung bei der Ausführung der Arbeiten zu Theil werden wird.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Berlin, 27. Okt. Die Ausrüstung astronomischer Expeditionen zur Beobachtung des im Jahre 1874 stattfindenden Vorüberganges

der Venus vor der Sonnenscheibe ist bekanntlich von der k. sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften beim Bundesrat des Norddeutschen Bundes beantragt worden. Auf Ersuchen des Bundesrates sind in Folge dessen zur Theilnahme an derselben von der Bundesregierung folgende Gelehrte vorgeschlagen worden. Der Direktor der herzogl. Sternwarte zu Gotha Geh. Regierungsrath Hansen, der Direktor der fgl. Sternwarte zu Bonn Geh. Regierungsrath Argelander, der Geh. Kanzleirath Paschen zu Schwerin, der Direktor der fgl. Sternwarte zu Leipzig Professor Bruns, der Astronom der Akademie der Wissenschaften zu Berlin Professor Auwers, der Astronom Dr. Winncke zu Karlsruhe, der Direktor der Sternwarte zu Hamburg G. Küpper, der Direktor der fgl. Sternwarte zu Berlin Professor Hoerker. Die genannten haben sich nun, wie der „Staats-Anz.“ meldet, am 25. Oktober in der hiesigen fgl. Sternwarte versammelt und zum Vorsitzenden der Kommission den Geh. Regierungsrath Hansen in Gotha, zu Schriftführern die Herren Professor Auwers in Berlin und Dr. Winncke in Karlsruhe gewählt.

Staats- und Volkswirtschaft.

B. K. B. Versicherungswesen. Bei den Berathungen des zweiten Kongresses Norddeutscher Landwirthe über Versicherungswesen wurde sehr eingehend die Frage diskutirt: Ob das Gegenseitigkeitsprinzip oder das Aktienprinzip zu empfehlen sei? In Betreff der Hagelversicherung wurde besonders hervorgehoben, es sei der Accent darauf zu legen, daß dem Gegenseitigkeitsprinzip eine Stütze geschaffen werde, nicht um die Aktiengesellschaften tot zu machen, sondern als Gegengewicht gegen deren alleinige Herrschaft, und es wurde deshalb beschlossen, eine Kommission zu erwählen, welche dem nächsten Kongresse über die Fortentwicklung des Betriebes der Hagelversicherung, insbesondere des Verhältnisses zwischen den Aktien- und Gegenseitigkeitsgesellschaften, Bericht zu erstatten hat. Diese Kommission ist jetzt vom Ausschüsse des Kongresses berufen und besteht aus folchen Mitgliedern, welche theils Freunde des Gegenseitigkeitsprincips, theils Vertreter von Aktiengesellschaften, theils beiden Richtungen zugethan sind. Die Arbeiten dieser Kommission, soweit sie das Hagelversicherungswesen betrifft, finden nach dem Beschlusse des Kongresses an den im Preußischen Landtag eingebrachten Gesetzentwürfen eine gewisse Grundlage; in Bezug auf Hagelversicherung fehlt aber ein vollständiger Anhalt gänzlich und es sind deshalb von dem geschäftsführenden Ausschüsse nachstehende Gesichtspunkte hervorgehoben, welche bei den Berathungen der Kommission, sowie später im Kongresse der Berücksichtigung empfohlen werden: 1) Sind die Prämien der Aktiengesellschaften billiger, als die Beiträge der Gegenseitigkeits-Gesellschaften? 2) Entzögden die Aktien- oder Gegenseitigkeits-Gesellschaften mit größerer Liberalität? 3. Gewährt eine Aktien-Gesellschaft oder eine Gegenseitigkeits-Gesellschaft größere Sicherheit für die Versicherter? 4. Ist der Abschluß einer Versicherung und deren Beibehaltung bei Aktien- oder bei Gegenseitigkeits-Gesellschaften mit größeren Schwierigkeiten verknüpft? 5. Sollte unter der Voraussetzung gleicher Gefährlichkeit einzelner Segender und einzelner Güter die Beantwortung der obigen Fragen für keine der verschiedenen Versicherungs-Prinzipien günstiger ausfallen, so haben doch einige Gesellschaften Grundlage über verschiedene Gefahrenstufen sich gebildet — welches sind diese Grundsätze und in wie weit sind sie gerechtfertigt?

Wien, 2. Novbr. (Tel.) Bei der heutigen Biegung der 1868er Poststrecke der Haupttreffer von 300,000 fl. auf Nr. 5 der Serie 7890. 50,000 fl. fielen auf Nr. 14 der Serie 15,556, 25,000 fl. auf Nr. 11 der Serie 7990, 10,000 fl. auf Nr. 2 der Serie 3083 und Nr. 5 der Serie 12,378.

Petersburg, 2. Nov. (Tel.) Die Waarentransporte auf der Nikolai-bahn sind auf zwei Monate eingestellt.

Nürnberg, 30. Okt. (Opfern.) Während von ausländischen Produktions- und Handelsplätzen ein lebhafter Geschäftsverkehr und in einer Zeit, an der in den Vorjahren das Geschäft sich erst entwickelt, von baldiger Rückbildung der Hopfenfahrt berichtet wird, verbarbt der hiesige Markt in gleicher Weise. Trotzdem die Lager meistens aus Mittel- und geringen Sorten bestehen, wollen sich Verkäufer in entsprechend billige Preise, die für Exportrenten, nicht fügen und England bezieht vorerst den größten Theil seines Bedarfs zu billigeren Preisen von Amerika. Unsere New Yorker Berichte weisen bis jetzt sehr beträchtliche Lieferungen für England nach, allein die Ernte Amerikas hat die früheren Schätzungen nicht erreicht und ist nicht im Stande, nach Quantität und Qualität dem Bedarf Englands zu genügen, so daß für den Kontinent ein Exportgeschäft beginnen wird, sobald die Preise Englands die entsprechende Höhe erreicht oder die des Kontinents einen Abschlag erhalten haben. Bayerischer Hopfen, dessen Vorräglichkeit dies Jahr alles ausländische Produkt übertrifft, wird bis dahin vergessen und für England bloß „nominal“ zu haben sein. — Das Marktgeschäft betreffend, wurde seit Donnerstag ziemlich viel gehandelt und sind gestern über 400 Ballen von den Lagern genommen worden. Die Nachfrage für Primaqualitäten blieb konstant und sind hierin besonders einige Abschläge in Hallertauer Ware, keine Sorten zu 120—130 fl., Prima-Marktware zu 100—108 fl. zu melden. Eine Auswahl von 50 Ballen aus 78 Ballen Polen erzielte 100—102 fl., Franzosen 90—

und Frau aus Dembe, v. Miloslawski aus Burawina, Frau v. Potworow-
ska aus Chlapowo, Frau v. Kocjanowska aus Czarnuska, v. Pradynski
aus Laskowo.

HOTEL DE BERLIN. Rittergutsbesitzer Müller aus Blichowice, die
Gutsbesitzer Cichowicz aus Stol, v. Racynski aus Słupia, Frau.
aus Schwiebus, die Kaufleute Kaiser und Löwe aus Rogasen, Promnitz
aus Frankfurt a. O., Baumeister Schäfer aus Kassel.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Gutsbesitzer Wygrzewicz
aus Jaroslaw, die Kaufleute Gimler aus Berlin, Wolski aus Meseritz,
Stenzke aus Neutomysl.

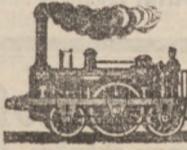
Dem Hauptkoffeur Samuel Goldschmidt in Frankfurt a. M.
laufen durch das Vertrauen, welches derselbe sich durch seine prompte Be-
dienung allenthalben zu erwerben gewußt hat, auch diesmal wieder bedeu-
tende Bestellungen auf Loope der neuen preuß.-frankfurter Lotterie ein.
Wer daher dem Glück die Hand zu bieten gedenkt, wolle sich baldigst an
obengenannte Firma wenden, da später deren Loope leicht vergriffen sein
dürften.

Das Hamburg.-Newyorker Post-Dampfschiff
"Allemannia", Kapitän Winzen,
welches am 13. d. Mts. von Hamburg und am 16. d. von Havre abge-
gangen, ist am 28. d. 1 Uhr Morgens wohlbehalten in Newyork ange-
kommen.

(Eingesandt.)

Keine Krankheit vermag der deliziösen Revalescière du
Barry zu widerstehen und besiegt dieselbe ohne Medizin noch
Kosten alle Magen-, Nerven-, Brust-, Eungen-, Leber-, Drüsen-,
Schleimhaut-, Atem-, Blasen- und Nierenleiden, Schwindfucht,
Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhoe, Schlaf-
losigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwin-
del, Blutaufsteigen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der

Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn.



Die Herstellung des eisernen Überbaues zu
11 kleineren Brücken, resp. Wege-Unter- und
Überführungen auf der Posen-Thorn-Brom-
berger Eisenbahn, im Gesamt-Gewicht von ca.
515 Bentner Schmiedeisen und
46 Bentner Gusseisen soll in einem Loope im Wege der Submission
vergeben werden.

Termin hierzu ist auf
Donnerstag den 11. Nov. d. J.,
Vormittags 10 Uhr,
in dem Central-Bureau unserer Abtheilung II
hier selbst - am Oberschlesischen Bahnhof Nr. 7
(Germania) - anberaumt, bis zu welchem
die Oefferten frankt und versteigert mit der
Auktion:

Submission auf Herstellung des eisernen
Überbaues zu Brücken der Posen-Thorn-
Bromberger Eisenbahn eingereicht sein müssen, und in welchem auch
die eingegangenen Oefferten in Gegenwart der
einen persönlich erschienenen Submittenten er-
öffnet werden.

Die Submissions-Bedingungen liegen im
technischen Bureau unserer Abtheilung II (Oberschlesischer Bahnhof Nr. 7), sowie in den Ab-
theilungs-Bureaus zu Posen und Bromberg
zur Einsicht aus und können auch im vorge-
dachten technischen Bureau in Empfang ge-
nommen werden.

Breslau, den 21. Oktober 1869.
Königliche Direktion
der Oberschlesischen Eisenbahn.

In dem Konurse über das Vermögen des
Kaufmanns Emil Meyer zu Posen ist der
Kaufmann Heinrich Rosenthal zum defi-
nitiven Verwalter der Masse bestellt worden.

Posen, den 23. Oktober 1869.

Königliches Kreisgericht.

Der Kommissar des Konurses.

Gaebler.

Nothwendiger Verkauf.
Das in der Stadt Breslau am Markt sub
Nr. 32/32 belegenen, im Hypothekenbuche
der genannten Ortschaft Vol. I. Pag. 497 seqq.
eingetragene, dem Apotheker Carl Friederich
Wilhelm Seeger gehörige Apotheken-Grund-
stück, dessen Besitztitel auf den Namen des Sub-
hastaten berichtet steht, und welches zur Ge-
bäudesteuer mit einem Zugangsvertheile von 75
Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der noth-
wendigen Subhastation am

Sonnabend, 22. Jan. 1870,
Vormittags 11 Uhr,
im Lokale der Gerichtstags-Kommission zu
Breslau versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypo-
thekenbuche von dem Grundstück und alle
sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten, so-
wie die von den Interessenten bereits gestellten
oder noch zu stellenden beiderwärts Verkaufs-
Bedingungen können im Bureau III. des un-
terzeichneten königlichen Kreisgerichts Woll-
stein während der gewöhnlichen Dienststunden
eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthums-
rechte oder welche hypothekarisch nicht einge-
tragenen Realrechte zu deren Wirksamkeit ge-
gen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypo-
thekenbuche gefällig erforderlich ist, auf das
oben bezeichnete Grundstück geltend machen
wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre
Ansprüche spätestens in dem obigen Versteige-
rungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Erteilung des Zu-
schlags wird in dem auf

Montag den 24. Jan. 1870,
Vormittags um 12 Uhr,
im Geschäftskloake des unterzeichneten Kreis-
gerichts anberaumten Termine öffentlich ver-
kündet werden.

Wollstein, den 11. Oktober 1869.

Königliches Kreisgericht.

Gefte Abtheilung.

Der Subhastations-Richter.

Holtz.

Posen, den 30. Oktober 1869.

Bekanntmachung.

Am Dienstage den 9. November c.,
um 11 Uhr Vormittags, soll ein ausrangierter
zweiflügiger Postwagen auf dem hiesigen
Posthofe im Wege der Auktion, unter Vor-
behalt des Aufzugs der Ober-Postdirektion
meistbietend verkauft werden.

Drei Tage vor dem Verkaufs-Termine wird
derselbe in den Vormittagsstunden von 9 bis
12 Uhr zur Ansicht ausgestellt sein.

Ober-Post-Direktion.

Für die Kreisstadt Mogilno, mit Bahnhof,
an der im Bau befindlichen Posen-Thorn-
Bromberger Eisenbahn, wird die Niederlas-
sung eines zweiten Arztes dringend ge-
wünscht.

Die wohlhabende Umgegend von Mogilno
garantiert eine eindrückliche Praxis und das
feste Einkommen von 150 Thlr. jährlich als
Arzt des hiesigen Kreis Lazareths wird be-
stimmt zugeschafft.

Mogilno, den 27. Oktober 1869.

Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.
Königliches Kreisgericht zu Posen,
Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 16. Juli 1869.

Das in der Stadt Posen unter Nr. 254
der Altstadt (Breslauerstraße Nr. 33 und
Schulstraße Nr. 7) befindliche Hausgrundstück,
dessen Besitztitel für den Brauer Samuel
Fronkem und dessen Chefrau Katharine
geb. Swiatowska berichtet ist, abge-
schäft auf 13,316 Thlr. 21 Sgr. 5 Pf. zu-
folge der nebst Hypothekenchein in der Regi-
stratur einzuhenden Tage, soll

am 14. März 1870,

Vormittags 11 Uhr,
an ordentlicher Gerichtsstelle theilungshalber
subhastiert werden.

Die unbekannten Erben der Witwe Ma-
rianna Krzytosowicz geborenen Swiat-
owska zu Posen und alle unbekannten Real-
Prätendenten werden aufgeboten, sich bei Ver-
meldung der Präfusione spätestens in diesem
Termine zu melden.

Sprzedaż konieczna.

W mieście Babimoście na rynku pod Nrem. 32/32 położona nieruchomości
Apteka w księdze hipotecznej Tom I. na stronicy 497 i następnie zapisana, do apte-
karza Karola Frydryka Wil-
helma Seeger, który tytuł własno-
ści jest na imię subhastata zapisany i
która na podatek budynkowy z wartości
użytku na 75 tal. podana, sprzedana być ma-
droga subhastacyj koniecznej

w Sobotę dnia 22. Stycznia 1870,
przed południem o godzinie 11,

w lokalu kadencji w Babimoście.

Wypis z rejestru podatkowego, wykaz
hipoteczny i wszystkie inne wiadomości ty-
czące się tejże nieruchomości, jako też
szczególne warunki sprzedaży przez inter-
esentów już stawione lub jeszcze stawić
są mające przejrzać być mogą w III.
szerokość podpisane go króla sądu powiatowego
w Wolsztynie podczas zwyczajnych go-
dzin służbowych.

Osoby, które chcą rościć się powyżej opisanej nieruchomości prawa własności lub
niezahipotekowane prawa realne, do których
skuteczności przeciw tym osobom jest atoli podług prawa potrzebne zainta-
bulowanie w księdze hipotecznej, wzywa się
niemniej, aby swe pretensje najpóźniej w
powyższym terminie licytacyjnym zapo-
wiedziały.

Uchwała co do udzielenia przybicia pu-
blicznie ogłoszoną zostanie w terminie wy-
znaczonym na Poniedziałek,

dnia 24. Stycznia 1870,
przed południem o godzinie 12.

w lokal urzędu podpisanego sądu po-
wiatawego.

Wolsztyn, dnia 11. Października 1869.

Królewski Sąd powiatowy.

Wydział I.

Sędzią subhastacyjny.

Holtz.

Schwangerschaft, Diabet, Melancholie, Abmagerung, Rheuma-
tismus, Gicht, Bleichfucht. — 70.000 Geneungen, die aller Medi-
zin widerstanden, worunter ein Zeugnis Sr. Heiligkeit des Pap-
stes, des Hofmarschalls Grafen Pluskow, der Markgräfin
de Bréhan. Kopie dieser Certifikate wird portofrei und
umsonst auf Verlangen gesandt. — Nahthafer als Fleisch, er-
spart die Revalescière 50 Mal ihren Preis in anderen Mitteln,
wie auch die Revalescière Chocolatée 10 Mal mehr als Fleisch
und gewöhnliche Chokolade nährt; sie wird bei Erwachsenen,
wie bei den schwächsten Kindern mit gleich gutem Erfolge an-
gewandt, gibt Kraft, Schlaf und guten Appetit, fördert die Ver-
dauung und macht geistig und körperlich gesund und frisch.

Dieses kostbare Nahrungsmittel wird in Blechbüchsen
mit Gebrauchs-Anweisung von 1/2 Pf. 18 Sgr. 1 Pf. 1 Thlr.
5 Sgr., 2 Pf. 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pf. 4 Thlr. 20 Sgr. 12
Pfd. 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pf. 18 Thlr. verkauft. — Reva-
lescière Chocolatée in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18
Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr.
— Zu beziehen durch Barry du Barry & Co in Berlin,
178. Friedrichstr.; in Wien Freiung 6.; in Frankfurt a. M.
10. Roßmarkt; in Hamburg 41. Katharinenstraße; in Breslau
bei S. G. Schwarz, Eduard Groß, Gustav Scholz; in
Königsberg i. P. A. Kraap, Bazar zur Rose; in Dan-
zig, Albert Neumann; in Bromberg, S. Hirschberg;
in Firma Julius Schottländer und in allen Städten bei
Droguen-, Delikatessen- und Spezereihändlern.

Des Bäderbedürftigen Freund in der Noth.

Jedes Bad soll Heil von Außen in den Körper bring-
gen. Die von Malz stark durchzogenen Johau Hoff'schen
Malzkräuterseifen für Bäder und Toilette sind nach den
Ansprüchen sehr vieler Aerzte vorzüglichste Mittel zur
Festigung der Knochen, Erfrischung und Stärkung der
Muskel und Nerven, und für Bäderbedürftige von un-
erträglichen Werth.

Herr Hofflieferanten Johann Hoff in Berlin.

Bismarck, 3. August 1869. Von Ihnen so heilsamen
Malzfabrikaten erbte ich mir abermalige Sendung, von
Ihnen stärkenden Malz-Kräuterseifen z. Anna Nar-
uhn. — Berlin, 15. September 1869. Mein Kind litt
an Knochenverweichung, erhielt aber vollständige Knochen-
stärkung durch die ärztlich verordneten Hoff'schen Malz-
Seifen-Bäder. Ihre Malz-Pommade ist die vorzüglichste
Pommade, denn sie konservirt nicht bloß mein Haar,
sondern entfernt meine häufigen Kopfschmerzen;
ich kann ihrer nicht mehr entbehren. Frau Kolsky,
Klosterstraße 11.

Verkaufsstellen in Posen General-Depot und Haupt-
Niederlage bei Gebr. Plessner, Markt 91; Niederlage bei
Es. Neugebauer, Wilhelmstr. 10 und Breitestr. 15; in
Bongrowitz hr. Th. Wohlgemuth; in Neutomysl
Herr Ernst Tepper; A. Jaeger, Konditor in Grätz;
in Kurnit hr. F. W. Krause; in Schrimm Herrn H.
Cassiel & Comp.

Beachtenswerth.

Der Kupferschmiedemeister, Herr Haase in
Schmiegel, hat in biefiger Dominal-Brennerei,
namenlich durch Umänderung der Colonne,
gezeigt, daß er sein Fach aus dem Grunde
verständ, denn früher konnte ich mit Mühe und
Noth einen Spiritus von 2 bis 83% erzielen,
wohingegen ich jetzt mit Leichtigkeit einen Spi-
ritus von 86% erreiche. Deshalb kann ich
denselben jedem Brennerei-Besitzer empfehlen.
Bronikowo, den 1. Nov. 1869.

Wittke,

Brennerei-Bewahrer.

In dem Gebiete der Spiritusfabrikation
werden die neuesten Erfindungen und Methoden
über das Maischen, Behandlung der Hefe und
praktisch bewährte Mittel, auf Beobach-
tung und Erfahrung begründet, gegen Ein-
sendung von 1 Thaler portofrei mitgetheilt.
Bronikowo, den 1. Nov. 1869.

Wittke,

Brennerei-Bewahrer.

Mein Rittergut A.

Reg.

Bez.

Breslau,

in eintragreicher Gegend

und schöner Lage, hoher Kultur, sehr gutem
lebenden und toden Inventar, an Chauffe-
und einer im Bau begriffenen Eisenbahn, ge-
gen 1100 Morgen groß, wovon 90 Morgen
schöne Wiesen, 200 Morgen Wald mit schlag-
barem Holz im Werthe von 13-14000 Thlr.,
beabsichtige ich ohne Einmischung eines
Dritten baldigst zu verkaufen, nachdem ich
meiner übrigen Verwaltungsgeschäfte wegen,
meinen Wohnsitz von dort verlegt habe und
mir die Enthaltung die Auflösung daselbst er-
schwert. Baustand durchaus gut, herrschaftliches
Schloß im Park mit Giskeller und allen
Annehmlichkeiten eines herrschaftlichen Besitzers.
Eine Anzahlung von 40.500 Thlr. genügt
Franco-Anfragen sub A. 6872 befördert die
Announce-Exped. von Rudolf Hosse,
Berlin, Friedrichstr. 60.

Epileptische Krämpfe (Fall-
sucht)

heilt der Specialarzt für Epilepsie
Dr. O. Killisch in Berlin, jetzt
Mittelstrasse Nr. 6. — Auswärtige
brieflich. — Schon über Hundert ge-
heilt.

Hermann Joël,

königlicher Rechts-Anwalt
und Notar,

Bromberg,

den 1. November 1869.

Norddeutsche Paket-Beförderungs-Gesellschaft.

Valette, Reinecke, Randel & Co.
Kommandit-Gesellschaft auf Aktien.
Grund-Kapital 500,000 Thaler.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß Hrn. Moritz Schoenlank
in Posen die General-Agentur für Stadt und Bezirk Posen übertragen worden ist.

Berlin, am 25. Oktober 1869.

Die General-Direktion.

Valette. Randel.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Bekanntmachung empfiehle ich mich zur Beförderung von Paketen aller Art, mit und ohne Werths-Deklaration und Nachnahme, nach allen Orten Deutschlands und sämtlichen überseeischen Plätzen.

Die Portosätze für Pakete ohne Werths-Deklaration und ohne Nachnahme sind im internen Verkehr bis zum Gewichte von 50 Pfund durchschnittlich um 25 % und bei Gewichten über 50 Pfund um 50 % niedriger als diejenigen der Post. Für Sendungen mit Werths-Deklaration und Nachnahme beträgt die Assuranzprämie und resp. die Nachnahme-Provision nur die Hälfte der Postsätze.

Die Gesellschaft gewährt in Verlustfällen dieselbe Entschädigung wie die Post. Über jedes Paket, auch ohne Werths-Deklaration, wird ein Einlieferungsschein verabfolgt. Zur Ertheilung näherer Auskunft bin ich bereit, und werden Reglements sowie Portotarife in meinem Bureau verabreicht.

Posen, den 3. November 1869.

Moritz Schoenlank,

General-Agent der Norddeutschen Paket-Beförderungs-Gesellschaft.
Bureau: Schuhmacherstraße Nr. 20.

 Rambouillet-Woll- und Halbwoll-wie Mecklenburger Kammwoll-Wölke (Wolde-bucker) zu festen Preisen verkauft die Stamm-schäferei zu Chwakowo (Poststat. Wierzyce). Die Rambouillet sind aus den besten französischen Herden vor 3 Jahren angekauft. 10 Stück ausgebrachte französische Originalmuttern sind ebenfalls verkäuflich.

 
Der Bockverkauf aus meiner Stammherde Leuto-wiher Abstammung hat begonnen.
Bandelow, Dobrzycia, Prov. Posen.

2 Kutschpferde (braune Wallage 6 und 7 Jahr alt),
1 Halbwagen und
1 Arbeitswagen stehen zum Verkauf
Dominikanerstraße Nr. 3.



Der Bockverkauf aus der Negrettiherde in Kleina bei Neustadt a. W. beginnt mit dem 8. November. Bei großer Auswahl sind die Preise den Konjunkturen entsprechend erhöht.
Kennemann.

Der Besitzer einer bedeckenden Forst im Königreich Polen ist willens, aus seinen stärksten Kiefernbeständen an einen soliden zahlungsfähigen Geschäftsmann zu verkaufen; durch die Forst läuft ein flößbarer Strom bis zur Weichsel. Unterhändler nicht gewünscht. Nähere Auskunft ertheilt das Dominium Hohen-Ziehen

bei Soldin
in d. Neumark Brandenburg.

Sehr billig!

Seelenwärmere, Pellerinen, Kinderjäckchen, Handschuhe, Westen, Shawls, Samaschen, Kinderschuhe, große und kleine Tücher, Händen, Sanchons, Knabenmützen, Nöckchen in größter Auswahl zu bekommen in der Wollwaren-Fabrik

M. J. Guttmann,
Breitestr. 7, 1 Treppe.

von Bostrow ist soeben zu 15 Jahren netto verdonnert worden!!

In Folge obiger Bescheide versenden wir gegen Einlieferung von 12½% Sgr. 50 Pf. aus-ländische Briefmarken.

Hamburger Briefmarken-Börse

1. Marktstr. 17, (i. B.) Bm. Behrendt.

Durch besonders vortheilhafte Einkäufe habe ich mein Lager auf das vollständigste assortirt und empfehle ich sämtliche Artikel zu auffallend billigen Preisen, als: Sammt- und Seidenbänder und sämtliche in das Buchfach einschlagende Artikel, sämtliche Wollwaren, Weißstickerei, Strümpfe, Handschuhe, Slippe, Krägen, Chemisette, Regenschirme, Korsetts, Gardinen von 3½ Sgr. S. Gr., Krinolinen von 6 Sgr. an.

S. J. Misch,
Markt- und Breslauerstrasse Ecke 60.

Amerikanische Konzert-Flügel
kreuzseitig mit engl. Repetitionsmechanik (nach neuester Steinway'scher Methode).

Stutz-Flügel,

mit engl. Repetitionsmechanik, in sehr kurzer gefälliger Form, starkem und gesangreichem Ton.

Pianino's,

in großer Auswahl, elegante kreuzseitige, schrägsitzige und kleine gradseitige, empfiehlt zu außergewöhnlich billigen Preisen, unter ausgedehntester Garantie die Pianoforte-Fabrik von C. Ecke, Posen, Magazinstraße 1.


Metall-Särge
sowie Särge in allen Holzarten und jeder Größe empfiehlt
E. Hoehne,
Thorstraße 13.

Wichtig für die Spiritusfabrikation!

Den Herren Brennereibesitzern und Beamten erlaube ich mit ein von mir selbst verfasstes Brennereiwerk zu empfehlen, nach allen Richtungen so ausgearbeitet, daß sogar ein Un erfahrenes bei bedeutender Materialersparnis die höchste Ausbeute erzielt. Hieraus ist keine Schwankung im Betriebe mehr möglich und kann man mit aller Sicherheit bei gleichem Material auf eine stets gleichmäßige Ausbeute rechnen. Es sind 2 Grünmalzhefen nach eigener Erfahrung bereitet, ausführlich beschrieben.

Der Preis für meine Schrift ist 1 Thaler und versende ich gegen Postvorbehalt oder Nachnahme.

Wehner, Brennerei-Techniker.

auf dem Gräflich v. Alvensleben'schen Rittergute Erxleben.

Einige Preis-Medaillen in Bromberg 1868 und Königsberg i. B. 1869.

Jagd-Gewehre,

Fabrikat von Jos. Offermann,

Büchsenmacher in Köln am Rhein.

Einfache Jagdgewehre . . . von 2½ Th. an,

Doppelte 5½ Th. an.

do. Damasc und Patent. 10½ Th. an.

Revolver, Büchsen, Jagdgeräthe jeder Art, 22 Lefauzeur.

empfiehlt sich zur Anfertigung von transpor-

tablen, liegenden und stehenden Dampf-

maschinen nach den neuesten Systemen; Transmissionen jeder Größe; Hartholzgräfeln; Mühlen und Brennerei-Einrichtungen, sowie allen landwirtschaftlichen Maschinen.

Bauart nachweislich solid und gut, Preise

billig.

Jos. Offermann's Filiale, Fr. Hechte u. Band. Donnerstr. A. b. Kletschoff

J. Waffler's Kinderzwieback

ist das leichtverdaulichste, kräftigste und wohlsmellendste Nahrungsmittel für zarte Säuglinge und Kinder überhaupt. Dasselbe wird insbesondere als Übergangsweise von flüssigen zu festen Lebensmitteln empfohlen von den Herren Stabsarzt Dr. Kupke in Posen, Hofrat Professor Dr. Diez in Nürnberg, Professor Dr. Steiner in Prag, Chemiker Dr. Hiller in Nürnberg und vielen anderen ärztlichen Autoritäten.

Hauptdepot für Posen und Umgebung bei Frenzel & Co., Breslauerstraße Nr. 38.

Niederlagen bei Ed. Feckert jun., Berliner- und Mühlendammstraße, Isidor Busch, Sapiehaplatz, und A. König, Wallischei.

Sanitäts-Kontrolle.

Die täglich mehr um sich greifenden Fälschungen der Chocoladen machen ein Produkt wie es sein soll — pure Cacao mit Zucker — fast zur Seltenheit. Gemahlene Cereale, Fette, Karde und Gemüre sind oft der ausschließliche Bestand von Erzeugnissen, welche als Chocolade verkauft werden.

Es ist evident, daß auch der reelle Fabrikant hierdurch in Mitleidenschaft gezogen wird. Um unserseits jedem Misstrauen zu begegnen, haben wir unsere Chocoladen-Fabrik in ihrem ganzen Umfange unter sanitätspolizeiliche Kontrolle gestellt. — Die Aufsicht wird durch stetige Analyse, sowohl der zur Verwendung kommenden Rohstoffe als der fertigen Produkte gehabt und bietet den Konsumenten die sichere Garantie, eine der Gesundheit durchaus anträgliche Chocolade zu genießen.

Wir empfehlen ganz besonders den Herren Aeraten und Apothekern, Verwaltungen von Hospitälern und Pensionen unsere Cacao-Erzeugnisse, welche in Tafeln, gepulvert und entölt in den hauptsächlichsten Geschäften Deutschlands käuflich sind.

Franz Stollwerk & Söhne in Köln a. Rhein.

Johann Waffler's
chemisch geprüfter und ärztlich empfohlener
Kinderzwieback

ist stets in beliebigen Quantitäten zu haben bei Ed. Feckert, jr., Berliner- und Mühlendammstraße, Isidor Busch, Sapieha-Platz, A. König, Wallischei und Frenzel & Comp., Breslauerstraße.

Mein weiterer nur allein ächter

Orientalischer Kaffee-Schrot.

welcher sich durch seine ganz besondere Vorzüglichkeit in ganz Europa verbreite, ist in Posen zu haben bei den Herren

Jacob Schlesinger Söhne, J. N. Leitgeber, A. Cichowicz, Isidor Busch, H. Michaelis,

in 1/4 Paketen zu 1 Sgr. und 1/2 Pakete zu 2 Sgr.

Man nehme einen reichlichen Schlüssel Kaffee-Schrot, oder, wenn man auch Kaffeebohnen dazu nehmen will 1/2 Löffel hiervom, vermische es mit 1 1/2 Schlüssel Kaffee-Schrot und bereite daraus circa 10 mittle Raffen Kaffee, indem man das Gemisch mit kochendem Wasser übergiebt und es circa 10 Minuten ziehn, (nicht kochen), lädt. — Es wird sich hierdurch ein gußmehendes und kräftiges Getränk ergeben.

Johann Scholz, Dresden.

kleiniger General-Depotier und Exporteur für ganz Europa.

Zahlung nach Empfang u. Zufriedenheit. Edle Cabinetweine mit allem franz. Berlin und gleicher Entfernung. Vase nicht reißen, und vom Adel und ersten Häusern empfohlen.

1857er Johannisberger Schloßlage der Unter Thlr. 27.

1857er Niedesheimer Hinterhäuser der Unter Thlr. 19.

1839er Marcobrunner Aussicht der Unter Thlr. 17.

1811er Steinberger Cabinet das Dugend Glaschen Thlr. 10.

In 45 Gläsern geliefert 2 Thlr. mehr als Unerpreise. Bourdeaux St. Julien 20 Sgr. Medoc Bain Clifford Bl. 15 Sgr.

Prima Champagner die Flasche 1 Thlr. Seine Rheinwein-Champagner die Flasche 22½ Sgr. Seine Mosel-Champagner die Flasche 22½ Sgr.

Geehrte Kunden und akribische Häuser zahlen nach Empfang und Zufriedenheit. Unbekannte Herren Besteller bitte kostenlose Nachnahme zu gestatten oder um Einsendung. Seit 40 Jahren bestehend bitte ich um Vertrauen und Befehle unter Garantie und Erfolg. Presse fest bis Mitte 1871. Mühlheim am Rhein.

Die Rheinwein-Großhandlung und Champagner-Fabrik von J. G. Niedenhoff.

Echtes Kletten-Wurzel-Oel, à Bacon 7½ Sgr. vorrätig bei J. J. Heine, Markt 85.

Fabrik medic. diätet. Präparate

ROTH & BRAUN

Feuerbach-Stuttgart

Die bewährte Kinder-Suppe

Ein Extract aus Liebig's Kinderpulver

Anerkannt bester Ersatz für Muttermilch.

Reines Malz-Extract gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Atembeschwerden u. s. w.

Beide Präparate vorrätig à 12 Sgr. pr. Blatt. in Elsners Apotheke in Posen.

Längere Zeit am fürchterlichsten Husten, ja sogar an Ausschlag und vertrocknetem Kecktopf leidend, nahm meine Mutter, nachdem sie verschiedene Versuche fruchtlos gemacht, zu dem hier bei Herrn A. Herz in Schneidemühl zu habenden Brust-Syrup von Hrn. G. A. W. Mayer in Breslau ihre Blasfahrt, und kann ich nur vollständig der Wahrheit gemäß bezeugen, daß meine Mutter, welche bereits 70 Jahre zählt, vollständig von ihrem schweren Leid befreit ist, und kann ich daher nicht umhin, diesen Brust-Syrup mit dem größten Rechte zu empfehlen.

Selbst wenn bei Schneidemühl (Posen) 1868.

N. Tredey.

Lager von diesem vorzüglichen Mittel hält in Posen Herr

Gebr. Krayn, Bronnerstr. 1.

J. N. Leitgeber, Gr. Ger-

berstraße 16.

Isidor Busch, Sapieha-Pl. 2.

Vor Fälschung und Nachahmung gesichert durch Schutzmarke laut R. K. Patent vom 7. Deztr. 1868.

Z. 130 f. 645.

Paraffin- und Stearinkerzen in allen gangbaren Sorten billigst bei

Michaelis Reich, Bronnerstr. Ecke 91.

Ein Laden, Markt- u. Breslauerstr. Ecke 60 sofort zu vermieten.

St. Martin 74 ist vom 15. Nov. c. ab ein möbl. Bimm. im 1. Stock zu vermieten.

Eine möblierte Stube ist zu vermieten Baderstraße 13, im Odeum, Parterre, links.

Bu den am 1. und 2. Dez. d. J. stattfindenden Ziehung der

Prenz.-Frankfurter Lotterie

mit Gewinnen und Prämien von

1 Million 780,920 Gulden,

eingetheilt in solche von

Gulden 200,000, ev. 2 à 100,000, 50,000, 25,000, 20,000, 15,000, 12,000, 10,000, 6000, 5000, 4000 u. f. nebst 7600 Freilose, erlaßt ich ganze Originalloose (keine wertlose Anteilscheine) zur planmäßigen Einlage von Thlr. 3. 13 Sgr., halbe Thlr. 1. 22 Sgr. und viertel 26 Sgr.

Diese Originalloose repräsentieren zu allen ihren Stellungen die volle Einlage, weshalb auch während der ersten fünf Klassen ein Verlust gar nicht eintreten kann. Der amtliche Plan wird jeder Bestellung gratis beigelegt, ebenso die Gewinnlisten nach jeder Stellung sofort zugesandt und die Gewinne prompt ausbezahlt.

Man will sich daher mit seinen Bestellungen baldigst wenden an

Briefe und Geldern erbitte mir franko; letztere können auch per Post einzahlung oder durch Postvorschuß berichtigt werden.

Samuel Goldschmidt,
Hauptkasseleur
in Frankfurt am Main,
Döngessgasse 14.

Von Staatspapieren und Auleh-Loosen
empfiehlt das unterzeichnete bekannte Bonds-Geschäft die besonders vom Publikum bevorzugten Obligationen und Loosen bestens. — Die ungesährten Preise wie folgt:

	Binden.	Hptgew.	Cours.
Amerikanische Anleihe pr. Doll. 1000	6 %	—	1270 Thlr.
Preußische Prämien	4½ %	94	
Hamburger " "	3½ %	90,000	116
Würzburger " "	3 %	50,000	43½
Braunschweiger 20-Thlr.-Loose	3½ %	10,000	48½
Schlesische 10 "		40,000	18½
Brandenburger 10 "		16,000	12½
Mailänder 10-Grs.		50,000	8½
		30,000	2½

Mit Rücksicht versehene Aufträge werden prompt ausgeführt und ist bei Beiträgen unter 50 Thlr. die Benutzung von Postkarten, über 50 Thlr. dagegen die Einsendung in Kassencheinen anzurathen.

Julius Gertig, Haupt-Kasseleur in Hamburg

Unwiderstehlich.

Ziehung am 14. Nov.
Ulmer Dombau-Loose

zu 10 Sgr.

Gewinne 5 bis 20,000 Thlr.

bei der Generalagentur
Gebrüder Schmitt

in Nürnberg.

Prospekte gratis, auch ohne gleichzeitige Bestellung.

Bieder-Bankästen Rabatt.

Cölner Dombau-Loose

a 1 Thlr.

Mailänder Loose, Thlr. 2. 20.

Gewinne Fcs. 10 bis Fcs.

10,000. bei nicht verlierbarem Einsatz.

Lotterie-Loose kauft jeden Posten a

¼ 5 Thlr.

L. G. Ozanski,

Berlin, Jannowitzbrücke 2.

Ein jeder Sprachen mächtiger Hofbeamter findet sofort oder zum 1. Januar eine Stelle auf dem Dominium Glupon p. Ruskin. Näheres dafelbst.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schlus der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 3. November 1869. (Mareuse & Mass.)

Not. v. 2.

Weizen, behauptet.		Spiritus, matt.	
November	62½	November	14½
Frühjahr	64	Nov.-Dez.	14½
Mai-Juni	65	Frühjahr	14½
Roggen, fester.	46	November	12½
Frühjahr	44½	April-Mai 1870	12½
Mai-Juni	45		

Börse zu Posen

am 3. November 1869.

Bonds. Posener 3½ % alte Pfandbriefe — do. 4% neue do. 8½ % do. Rentendreie 83½ % do. do. Provinzial-Banknoten — do. 50% Provinzial-Obligationen 98½ % do. poln. Banknoten 74½ % do.

[Amlicher Bericht.] Roggen [p. 25 pr. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Nov. 42½ - 42½, Nov.-Dez. 42, Dez. 1869 - Jan. 1870 42, Frühjahr 42½. Spiritus [p. 100 Quart = 8000 %, Tralles] (mit Baf) gefündigt 8000 Quart. pr. Nov.-Dez. 12½, Dezbr. 12½, Januar 1870 13½, Febr. — April-Mai im Verbande 14½.

Bonds. [Privaterth.] 3½ % Preuß. Staatschuldcheine 78½ % do. 4% Pos. Pfandbr. 81½ %, 3½ % do. — 4% Pos. Rentenbr. 84 %, 4½ % do. Provinz. Bank 101½ %, 4% do. Realcredit — 5% do. Stadtoblig. 92 %, 4% Märt.-Pos. Stammakt. 61 %, 4% Berlin-Görl. do. — 5% Ital. Anleihe 52½ %, 6% Amerikan. do. (de 1882) 89 %, 5%

Gesuch.
Ein. Dek. Verwalter, unverh., 12 Jahr. Jahr beim Fach, militärfrei, (Sachsen), mit besten Bezeugnissen, lezte 3½ Jahr selbstständig gewirtschaftet in Provinz Polen, sucht weitere Stellung, selbstständig oder unter Leitung des Prinzipals. Antritt kann baldigst erfolgen. Geehrte Herrschaften erfahren Näheres H. S. 1 poste. rest. Piegnitz in Schl.

Ein Mädchen von außerhalb sucht als Kuhmacherin Beschäftigung außer dem Hause. Näheres Wasserstr. 13 im Keller.

Verloren

ein junger gelber Hund mit weißer Brust und weißen Pfoten, abgestutzten Ohren und Schwanz, auf dem Namen Schurr heißt, mit einem blauen ledernen Halsbande mit Beischlag und schwärzlederner Maulcorbe versehen. Derselbe ist gegen angemessene Belohnung **Kanonenplatz 9, 2 Treppen hoch**, abzugeben.

Posen, den 2. November 1869.

Ein Portemonnaie mit 25 Thlr. Papiergeld und einigen Silbergroschen Courant ist auf dem Wege vom Bahnhof nach der Stadt verloren gegangen. Der Finder erhält bei Abgabe desselben in der Moegelin'schen Fabrik fünf Thaler Belohnung.

Ein gr. brauner Jagdhund in einem mess. Gelsband gez. G. Seidel ist im Bazar am Abend zugelaufen. Der Besitzer desselben kann sich melden b. d. Hausknecht Johann.

Verein junger Kaufleute.

Bu den in der Aula der Realschule stattfindenden 4 Vorträgen des Hrn. Dr. Magener über **Reibungs-Elektrizität** geht unser Käffner, Herr Brandt, für unsere Vereinsmitglieder Billets für Herren und Damen zu ermäßigtem Preise aus.

Der Vorstand.

Gesangverein für geistliche Musik.

Die geehrten Mitglieder des Gesangvereins werden hierdurch zur letzten Chor- und Solo-Probe der **Schöpfung** auf

Freitag den 5. November, Abends 8 Uhr, (im Saale der königl. Louisen-Schule)

und zur General-Probe auf

Dienstag den 9. November (im Stern'schen Saale)

ergebenst eingeladen. Die Aufführung findet am Mittwoch, den 10. November statt.

Posen, den 2. November 1869.

Der Vorstand.

St. Martin 4 ist vom 1. Januar f. 3 ein **Gässeler** zu vermieten.

Ich suche einen jungen, zuverlässigen, wo möglich im Postzeifach gebütteten, der polnischen Sprache etwas mächtigen Gehilfen und gewähre 120 bis 150 Thlr. Salair, auch mehr. Der Nachweis gehabter höherer Schulbildung ist erwünscht.

Der Distrikts-Kommissarius in Wollstein.

Wesling.

Eine tüchtige und zuverlässige Landwirthschafterin, welche die Wollferei, die Behandlung des Schwarz- und Federviehs gründlich versteht, deutsch und polnisch spricht, wird so bald als möglich, spätestens für Neujahr gesucht auf dem Dom. **Welta** bei Rogaten. Beste Bezeugnisse sind durchaus erforderlich.

Eine Wirthschafterin, nicht zu jung, die mit der Küche vertraut ist, wird zur Stütze der Hausfrau auf dem Bunde zum sofortigen Antritt gesucht.

Gehalt 30 Thaler.

Adressen sub **N. 203** poste restante **Wronke**, franco.

Ein gebildeter junger Bandwirt, militärfrei, 4 Jahre beim Fach, vollständig mit der Drainage vertraut, sucht zum 1. Januar oder 1. April 1870 Stellung als Wirthschafts-Assistent. Gefällige Offeren bitte unter **W. W. 60**. poste restante Rokietnica bei Posen.

Ein ev. Hauslehrer, mus., bis Herbst vorbereitend, mit den besten Bezeugnissen sucht unter bescheidenen Ansprüchen Stellung. Öff. per Adr. des Luchsabanten Herrn **Aug. Meyer**, Berlin, Gr. Frankfurterstr. 129.

Die Tageskasse bei Herrn Caspari (Mylius Hotel).

Familien-Nachrichten.

Am 1. d. M., Abends 10 Uhr, starb nach schweren Leiden unser heiliggelebtes Söhnchen, Emil, im Alter von 1 Jahr 8 Monaten, welches wirtheilnehmenden Freunden und Bekannten hierdurch ergebenst anzeigen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, Nachmittag 3 Uhr, auf dem alten evang. Kirchhof statt.

Posen, am Bahnhof, den 3. Nov. 1869. Der Bauunternehmer Schmidt nebst Frau.

Volksgarten-Saal.

Heute Mittwoch den 3. November großes Konzert u. Vorstellung.

Aufreten der Gesellschaft des Direktors

Mr. Charles Alfonso.

Aufreten der Solo-Tänzerin Hrl. Lucia.

Aufreten des Gefangs. u. Charakter-Romifers

Herrn Richter.

Letztes Aufreten der Soubrette Hrl. Helene. Darstellung von bioplastisch-mythologischen Tableaux.

Entrée 5 Sgr. Kinder 1½ Sgr. Anfang 7 Uhr.

Tagesbillets à 3 Sgr. in den Konditoreien

des Herrn R. Neugebauer.

Morgen Donnerstag:

unwiderstehlich leichtes Gastspiel des Herrn

Max Reichmann aus Wien.

Das zum größten Theile neue Programm in der morgenden Zeitung.

Emil Tauber.

Grosses Concert

im Stern'schen Saal

Mittwoch

den 10. November 1869,

Abends 7½ Uhr,

Die Schöpfung, Oratorium von J. Haydn,

ausgeführt von dem

hiesigen Gesangverein für geistliche Musik

unter Leitung seines Dirigenten

Glemens Schön

unter Mitwirkung der Concertsängerin

Frau Wernicke-Bridgeman

und der **Sinfonie-Kapelle** des Herrn Appold.

Billets zu nummerirten Sitzplätzen, à 15 Sgr. und Stehplätzen, à 10 Sgr. sind zu haben in der **Hof-Musikalien-Handlung** der Herren

Ed. Bote & G. Bock.

Kassenpreiss 20 Sgr.

Stern's Saal

Sonnabend, 6. Nov. 1869,

Abends 7½ Uhr,

CONCERT</h2

14½ Br. — Angemeldet: 300 Ctr. Rüböl. — Regulierungspreise: Weizen 62½ Br., Roggen 45½ Br., Rüböl 12½ Br., Spiritus 14½ Br. — Petroleum: loto 8½ Br., Br. 7½ Br., Anmld. 7½ Br., Nov. 7½ Br., bz., Nov. 7½ Br., Dez. 7½ Br., 7½ Br., Anmld. 8½ Br., 8½ Br., Jan. Febr. 8½ Br. (Dtsf. B.)

Breslau, 2. Novbr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat rothe ruhig, ordinär 10—11, mittel 11½—12½, fein 13—14, hochfein 14½ bis 15. Kleesaat weiße sehr fest, ordinär 13—15, mittel 17—19, fein 20—22, hochfein 23—25. — Roggen (p. 2000 Pfd.) fest, pr. Novbr. 45 Br., Nov.-Dez. 44 Br., April-Mai 43½ in einem Halle bz., schlägt 8 Br. — Weizen pr. Nov. 62 Br. — Gerste pr. Nov. 47 Br. — Hafer pr. Nov. 42 Br. — Raps pr. Nov. 115 Br. — Lupinen wenig beachtet, p. 90 Pfd. 44—50 Sgr. — Rüböl fest, loto 12½ Br., pr. Nov. u. Nov.-Dez. 12½ Br., 1 Br., Dez. Jan. 12½ Br., 1 Br., April-Mai 12½ Br., 1 Br. — Rapskuchen begeht, pr. Cr. 70—72 Sgr. — Leinölchen fest, pr. Cr. 88—90 Sgr. — Spiritus matter, loto 14½ Br., 13½ Br., pr. Nov. 14½ Br., Nov.-Dez. 14 Br., 14½ Br., April-Mai 14½ Br. — Bink fest.

Die Börsen-Kommission.

Preise der Cerealien. (Beschreibungen der polizeilichen Kommission.)

	feine	wittige	ord. Ware
Weizen weißer	81—84	76	67—70 Sgr.
do. gelber	76—78	73	63—68
Roggen	62—63	60	53—57
Gerste	50—53	47	45—46
Hafer	32—33	30	26—28
Erbse	67—68	62	59—61

Notirungen der Kommission der Handelskammer zur Bestellung der Marktpreise für Raps und Rüben.

	Raps	252	242	232 Sgr.
Winterrüben	234	224	216	.
Sommerrüben	230	220	210	.
Dorster	184	174	164	.

Bromberg, 2. November. Wind: SW. Witterung: klar. Morgen 1°+. Mittags 4°+. — Weizen 120—125 Pfd. 52—56 Thlr. 126—130 Pfd. 57—60 Thlr. Beste Qualität 1—2 Thlr. höher. — Roggen 41—42 Thlr. pr. 2000 Pfd. Vollgewicht. — Große Gerste nach Qualität 36—40 Thlr. pr. 1875 Pfd. — Erbsen 44—46 Thlr. gute Kocherbsen 50 Thlr. — Spiritus ohne Befür. (Bromb. Stg.)

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 2. Novbr. Nachm. 1 Uhr. Regenerisch. Weizen flau, hiesiger loto 6, 15 a. 6, 20, fremder loto 6, 5 (gefündigt 8500 Sac), pr. Novbr. 6, 3½, pr. März 6, 6½, pr. Mai 6, 8. Roggen weichend, loto 5, 15, pr. Novbr. 5, 4, pr. März 5, 4, pr. Mai 5, 4. Rüböl matter, loto 13½, pr. Mai 13½. Leinöl loto 11½. Spiritus loto 19½.

Breslau, 2. Novbr. Nachm. Lebhaft. Spiritus 8000% Cr. 14. Raps pr. Novbr. 45, pr. Novbr. Dez. 44, pr. Frühj. 43½. Rüböl pr. Novbr. 12½, pr. Frühj. 12½. Raps unverändert. Bink unverändert.

Hamburg, 2. Nov., Nachm. 2 Uhr 30 Min. fest. Settreide-markt. Weizen loto eher niedriger, auf Termine behauptet. Roggen loto und auf Termine ruhig. Weizen pr. Nov. 5400 Pfd. netto 112 Bankothaler Br., 111 Br., pr. Nov.-Dez. 112 Br., 111 Br., pr. April-Mai

Breslau, 1. Novbr. Die Börse war in günstiger Stimmung und wurden die meisten Speulationspapiere, besonders österreichische Kreditattien, Bombarden und Amerikaner, höher bezahlt. Per ult. fix: Oberösterreichische A. u. C. 181½ bez., Bombarde 136 bez., österreich. Kredit. 126½—125 etw. bis 6½ bez., Amerikaner 89½—89 etw. bis 89½ bez.

Bei laufenden Engagements beträgt die Differenz für den dachierten Kupon bei österreich. 1860er Loosen 5% pCt., bei Amerikanern 1% pCt. Abschlag, bei Bombarden 2 Thlr. Abschlag. Unsere gestrigste Bekanntmachung wegen veränderter Binsberechnung bei 1860er Loosen wird in Folge der gebliebenen Usance aufgehoben und werden nach wie vor 5 pCt. laufende Binsen gerechnet.

Offiziell gekündigt: 5000 Quart Spiritus und 200 Ctrn. Hafer. (Schlußkurs.) Österreich. Loosen 1860—. Minerwa 41—40½ bz., Schlesische Bank 119 B. Kredit. Kredit-Bantattien 126 G. per Stück. Oberösterreichische Prioritäten 72½ bz. do. do. 81½ B. do. Lit. F. 88½ B. do. Lit. G. 88½ bz. Rechte Ober-Ufer-Bahn St. Prioritäten 98 bz. Breslau-Schweid. Kreis. 111½ B. Oberschlesische Lit. A. u. C. 181½ B. Lit. B.—. Rechte

Berlin, 2. November. Die besseren Pariser Boulevard- und Wiener Morgenkurse verliehen der heutigen Börse eine festere Haltung; die Kurse schwanken. Belebt waren Amerikaner und auch in Italienern fanden ziemlich lebhafte Umsätze statt. Eisenbahnen und Banken waren fest aber sehr flüssig. Dagogen wurden inländische Anleihen stark gehandelt und ihre Kurse stiegen sich höher. Deutsche Bonds, Pfand- und Rentenbriefe, sowie Prioritäten blieben leblos, aber behauptet, nur deutsche waren etwas matter. Österreichische Prämien-Anleihen zwar niedriger, aber belebt. Bulareser Loosen wurden heute mit 5% gehandelt. — Wechsel meist höher bei mäßigem Geschäft.

Ausländische Bonds.

Berlin, am 2. November 1869.

Preußische Bonds.

Staats-Anl. v. 1859 5 101½ bz

do. 1854, 55, A. 4 93½ bz

do. 1857 49 93½ bz

do. 1859 49 93½ bz

do. 1864 49 93½ bz

do. 1867 A.B.D.C. 49 93½ bz

do. 1850, 52, 53, 54 84½ bz

do. 1852 49 83 G

do. 1862 4 82½ etw bz

do. 1868 A. 4 82½ etw